seine eigene Klasse mit Phrasen und Versprechungen, mit der Beteuerung abfertigen, daß die Interessen jener fremden Klasse ihre eigenen Interessen sind. Wer in diese schiefe Stellung gerät, ist unmittelbar verloren."

(Der deutsche Bauernkrieg von Friedrich Engels.)

Das von einem Führer Gesagte gilt auch für eine Partei! Die bolschewistische Partei war gezwungen, um die Macht zu behalten, die „neue ökonomische Politik" zu proklamieren, d. h. das zu machen, was die ökonomische Entwicklung Rußlands diktierte. Das aber machend, macht sie die Sache der russischen Bourgeoisie. Und das Proletariat, in deren Namen sie regieren will, nährt sie mit Versprechungen und Demagogie. Als sein Lohn sinkt, erklärt sie ihm, daß es notwendig sei für seine Herrschaft; als man es von der Fabrik auf die Straße hinauswirft, tröstet sie es, daß es seinen weiteren Interessen entspricht, daß es im Interesse seiner Befreiung sei; als sie das Getreide ausführt und die Preise des inneren Marktes erhöht, die Lage des Proletariats verschlechternd, versichert sie ihm, daß es notwendig sei für seinen Bund mit den Klein- und Mittelbauern und für Behaltung seiner Klassenherrschaft. Wessen Interessen aber diese Politik entspricht, sieht man aus der Tatsache, daß in den Städten die Glückseligkeit der Bourgeoisie parallel mit der Millionenarmee Arbeitsloser wächst, daß in den Dörfern „eine schnelle Pauperisierung der Dorfarmut stattfindet, stürmisches Hineinziehen in ökonomischer und dadurch in politischer Abhängigkeit von den reichen und mittleren Bauern" . . . „Die Armutsecke kratzt sich schweigend hinter den Kopf, die Mittleren sind ratlos und wissen nicht, ob sie der Sowjetmacht huldigen oder auf sie schimpfen sollen, und aus der reichen Geldwucherecke hört man nur Lob über die existierende Regierung." (Aus der Rede Synowjews auf den 13. Kongreß der KPR. — „Prawda", 25. Mai 1924.) (Fortsetzung folgt.)

KPD. und Eisenbahnerstreik

„Die Eisenbahnen sind die Gurgel des Staates, und demjenigen der diese Gurgel zudrückt, dem schlage ich die Knochen entzwei.
Noske in Hamburg.

Und sie haben es geglaubt, daß es ein Verbrechen wäre, diesen kapitalistischen Staat die Gurgel zuzudrücken. Sie haben in „Ruhe und Ordnung" gefahren. Sie haben so oft bewiesen, daß dieser kapitalistische Staat sich auf „seine Eisenbahner" verlassen kann. Der „Dank des Vaterlandes" ist auch den Eisenbahnern gewiß. Sie haben sich auf die Parole der parlamentarischen Parteien aller Schattierungen damals im Ruhrkriege vor den kapitalistischen Profitwagen spannen lassen; haben auch beweisen wollen, daß sie „nationale Eisenbahner" sind, die noch ein Vaterland haben. Und dieses Vaterland läßt sie nun elendiglich im Stich. Dieser Vater Staat geht heute dazu über und legt die Hand an die Gurgel der Eisenbahner, der gesamten Arbeiterklasse und wird sie nach dem Ausspruch des berühmten Professors Gruber zudrücken.

Die Eisenbahner Berlins waren am 11. 6. 24 dem Rufe des „freien Eisenbahner Verbandes" gefolgt, der zu einer öffentlichen Versammlung nach den Sophiensälen eingeladen hatte. Auf der Tagesordnung stand: Hungerlöhne durch die Verwaltung diktiert. Was nun?

Der Referent der KPD gab über die Situation Bericht. Er ging von der Betrachtung des Ruhrkampfes aus, wo die Eisenbahner im guten Glauben, das richtige zu tun, den passiven Widerstand durchführen halfen. Und heute gibt ihnen dafür der Vater Staat den Dank in „Abbau", „längerer Arbeitszeit", „Lohnkürzung" usw.

Ja, man will auf Grund des Sachverständigen-Gutachtens dazu übergehen, die Reichsbahnen an das Privatkapital verschachern und dann ist es vorbei mit den „Rechten", die man bis dato als Reichsbeamter immer noch hatte.

So in diesem Sinne sprach der Referent anderthalb Stunden und kam dann zum Schluß auf die Abwehr dieser Maßnahmen zu sprechen. Der „freie Eisenbahner-Verband" habe an den DEV. und AEV. ein Schreiben gerichtet und habe um mündliche Antwort gebeten. Auf Grund dieses Schreibens wollte man eine einheitliche Kampfbasis schaffen. Der DEV. habe dies abgelehnt. Der FEV. könne wohl seinen Mitgliedern und den Eisenbahnern sagen, die Betriebe zu verlassen, aber er werde das nicht tun. Er werde solange warten (?) bis sich der DEV. doch gezwungen sieht, durch den Druck seiner Mitglieder den Kampf aufzunehmen.

Ein Genosse der AAU. zeigte an Hand seiner Ausführungen, daß es heute die Aufgabe der gesamten deutschen Arbeiterklasse ist, zu kämpfen. Aber zu kämpfen, nicht um die Verwirklichung des Achtstundentages, nicht um die 2, 3 oder 10 Pf. „mehr Lohn", sondern die Aufgabe der gesamten deutschen Arbeiterklasse ist, den Kampf zu führen gegen den kapitalistischen Staat überhaupt. Wir sehen heute, wie die einzelnen Gruppen der Proletarier kämpfen (Anilin-, Ruhr- und Dockarbeiter und Eisenbahner). Wenn eine tot ist, fängt die andere an; gerade die deutsche Arbeiterklasse hat doch auf Grund dieser Taktik die schwersten Leiden schon durchmachen müssen, aber sie haben anscheinend nichts gelernt, und dabei hat speziell die deutsche Arbeiterschaft, und vor allen Dingen die Eisenbahner einen ganz gewaltigen Anschauungsunterricht.

Genossen! Den Eisenbahnern hat kein anderer wie der Blut-Noske gesagt, daß sie die Gurgel des Staates sind. Nun handelt danach, Eisenbahner. Ruft die gesamte Solidarität der Arbeiterklasse auf, aber nicht, um bei der Bewilligung eurer Forderungen stehen zu bleiben, sondern ihr habt über diese Forderungen hinwegzugehen. Um den Kommunismus geht der Kampf, und dieser Kampf muß geführt werden von der gesamten Arbeiterklasse.

Der sächsische Bergarbeiterstreik geht weiter, und zwar haben am Donnerstag in Liechtenstein (Erzgebirge) Vertreterversammlungen der Bergarbeiter den am Mittwoch in Berlin gefällten Schiedsspruch abgelehnt. Auch die christlichen Bergarbeiter faßten denselben Entschluß.

Betriebsstillegungen in der Kaliindustrie. Die „Gesundungskrise" zeitigt immer gesündere Formen. So fängt die Kaliindustrie an stillzulegen, und zwar folgende Werke:

Die Leitung der verbundenen Konzerne Winterhall, Deutsche Kaliwerke und Glückauf-Sonderhausen, haben beschlossen, nach vorangegangener Befahrung durch die Befahrungskommission, angesichts der schlechten Finanz- und Wirtschaftslage folgende Werke ruhen zu lassen: Von Winterhall: Gewerkschaft Hübstedt und Gewerkschaft Gebra und Lohra, von Deutschen Kaliwerken Sonderhausener Kaliwerke Schacht 1 und 2, Ludwigshall, Gewerkschaft Immerode, Chemische Fabriken Wolkranshausen, Gewerkschaft Hedwigsburg, Werk Neunhof-Fulda, Carlsfund, Schacht 1 und 3, Kaliwerk, Abteilung Bernburg. Vom Glückauf-Konzern: Gewerkschaft Glückauf Schacht 3 und 4, Kaliwerk Großherzog von Sachsen. Die Beamten und Arbeiter der stillgelegten Werke sind zu dem nächstgelegenen Kündigungstermin entlassen.

Eisenbahnerstreik in Griechenland. Die Eisenbahner des Peloponnes und Thessaliens sind in den Streik getreten. Der Kriegsminister hat darauf einen Mobilisationsbefehl für alle griechischen Eisenbahner erlassen.

Der Mordversuch an Seeckt

Angeklagt und verhaftet sind:

1. Dr. Grandel, Fabrikant aus Augsburg;
2. Alexander Thormann, Sohn eines Arbeiters, war selbst Arbeiter, Emporkömmling, verkracht, dann Organisationskonsul, Roßbach, Brigade Ehrhard.

Die wichtigsten „Zeugen" sind:

1. von Tettenborn, Sekretär der Deutschvölkischen Freiheitspartei, früher Offizier, dann politischer Hochstapler;
2. Justizrat Claß, Rechtsanwalt in Berlin;
3. Herr Gilbert, Hauptmann a. D., Inhaber eines politischen „Nachrichtenbüros", „Vertrauensmann" des Reichskommissars für öffentliche Sicherheit.

Diese fünf bezeichnen sich gegenseitig als Schuft, Geldschneider, Spitzel und Lump.

Die medizinischen Sachverständigen bezeichnen sie als minderwertig.

Um langen Erörterungen aus dem Wege zu gehen: Wir schließen uns diesen Urteilen an.

Herr Thormann kam am 3. Januar 1924 nach Berlin, um „Arbeit zu suchen". So ganz nebenbei suchte er auch Tettenborn auf, im Auftrage „bayerischer Kreise" und im ausgesprochenen Auftrage Ludendorffs. Er hat vor dem Münchener Novemberputsch 15 000 Hitlermanschaften verpflegt, von den Bauern rangeholt, „ohne einen Pfennig Geld". Damals, während der wüstesten Inflation rechneten diese Kreise nämlich mit Dollars, mit echten amerikanischen. Das hielt er nicht so wichtig, daß er es dem Gericht mitteilte. 4000 dieser Scheinchen, die er für ähnliche Zwecke, wie für die Beseitigung Seeckts opferte, zeugen aber davon. Auch Tettenborn, dem Sekretär der Partei, gab er Geld, der „Arbeitsuchende". Zu Tettenborn meint er, daß Seeckt der Komplice Eberts und das nationale Unglück Deutschlands sei. Tettenborn (der Zeuge!) macht ihm den Vorschlag, Seeckt zu beseitigen.

Dr. Grandel war „zufällig" in Berlin, traf Thormann „zufällig", finanzierte die Sache sofort, war Organisator und Teilnehmer verschiedener Zusammenkünfte, die sich mit Seeckts Beseitigung befaßten.

Justizrat Claß war die Korrespondenzzentrale. Eine Reihe bei ihm vorgefundenen Briefe, die er teils selbst geschrieben, teils vermittelt und beantwortet hat, erhellen die Sache etwas. Der Generalstaatsanwalt liest daraus vor:

„Die friedliche Ueberleitung muß unter allen Umständen verhindert werden. Wir wollen den Schweinehunden energisch zu Leibe gehen. Unser Ziel ist dasselbe geblieben und wird mit Militär weiter verfolgt. Vielleicht führt der Weg zum Ziel."

Ein anderen Brief:

„Seeckt ist der Schildhalter Eberts. Seeckt hat sich durch das Bekenntnis der Legalität das Urteil gesprochen. Seeckt ist jetzt nicht mehr in Frage. Sein Rätsel ist gelöst. Er ist die verhängnisvolle Persönlichkeit, die die Beseitigung der unheilvollen Zustände verhindert."

Justizrat Claß: **„Jawohl, das ist meine Ansicht heute noch."**

Der Generalstaatsanwalt liest noch weitere Briefe vor, die ganz eindeutig beweisen, was die Herrschaften planten. Der Vorsitzende des Gerichts bittet denselben, keine weiteren Briefe zu verlesen. Dies unterbleibt denn auch. Claß war bei Seeckt, und versuchte ihn für die völkischen Pläne zu gewinnen. Seeckt gab ihm zur Antwort:

„Ach, ich würde gegen rechts ebenso rücksichtslos schießen, wie gegen Kommunisten."

Hierauf, und weil Seeckts Frau noch Jüdin ist, nach völkischen Begriffen, kam Thormann von München nach Berlin und traf hier „zufällig" Grandel. Justizrat Claß ist ebenfalls Zeuge!

Interessant für die Beamten der Demokratie ist noch, daß verschiedene Besprechungen im Beisein des Regierungsrats Mühleisen vom Ministerium für öffentliche Sicherheit und dessen Beamten, Gilbert, stattfanden. Tettenborn, der als der klügste Kopf dieser Gesellschaft bezeichnet wird, sicherte sich. Er hinterlegte bei Gilbert, der die Waffe beschaffte (!) einen offenen Brief, in dem er sich sicherte, für den Fall, daß die Sache an die Oeffentlichkeit kommen sollte. Und der Brief kam prompt an die Oeffentlichkeit, nachdem die Sache schief ging und ruchbar wurde. Auch Mühleisen war Zeuge!

Der Reichskommissar für öffentliche Sicherheit war mit von der Partie. „Genosse" Richter nicht. Nach Aussage der „Sicherheits"männer hielt man ihn nicht für „zuverlässig"! Der Reichskommissar für öffentliche Sicherheit hält also 1a nicht dicht. Der oberste Spitzelkommissar Weiß, heißt mit Vornamen Isidor! 1a wieder sagt vor Gericht aus, daß der Vertrauensmann des Sicherheitskommissars, Gilbert, ein Mensch sei, dem man „nicht über den Weg trauen dürfe", „ein vollkommen minderwertiger Mensch, der typische, politische Spitzel"! Er habe die „Waffenfunde der Kommunisten" organisiert, aber so plump, daß mit der Sache nichts zu machen war; aus eine Kasse habe er 100 000 Mark gestohlen. Weiß verweigert aber die Aussage, von wo Gilbert bezahlt wird. — Aber an anderer Stelle sagt er: **Es würden manchen die Augen übergehen, wenn die Abteilung 1a ihre Archive öffnete.** — Ueber den Gilbert, sagt der Direktor der Lohmann Metall A.-G. noch aus, daß er diesen auf Empfehlung einer Detektei als Sekretär eingestellt habe, um einer Betriebssabotage auf die Spur zu kommen. Bald aber habe sich Gilbert Betrügereien und Diebereien schuldig gemacht. Er sei ein Mensch, der kein Mittel scheut, um an sein Ziel zu gelangen.

Eine Zierde der Demokratie, ein Schmuckstück, daß in diesen Staat paßt, ist der Herr Mühleisen. Der Generalstaatsanwalt weiß, was er der Oeffentlichkeit schuldig ist und examiniert diesen republikanischen höheren Musterbeamten, den Reichskommissar für die öffentliche Ordnung, warum er keine Anzeige bei der Polizei erstattet habe. Jetzt spielt sich folgendes ab:

Justizrat Hahn: **Was geschah in Treptes (des Zeugen!) Wohnung in Ihrer Gegenwart? Wie war es mit der Pistole?**

Mühleisen: **Ich habe sie gegeben,** da Thormann sonst mißtrauisch geworden wäre. Wir hatten Interesse, die Sache zu fördern, damit sie steigen konnte.

Justizrat Hahn: **Hat der Reichskommissar 50 Dollar bekommen,** die Tettenborn erhalten hatte? Tettenborn erklärte, er hätte sie Ihnen gegeben.

Mühleisen: **Ich will das nicht als ausgeschlossen halten, aber ich weiß gar nichts mehr** (Bewegung im Saal).

Dies ist das wahre Gesicht der Demokratie. So sehen die Leute aus, die — zu feige waren, den Mord auszuführen, aber aus dem Morast Geld machten, die sich einen anderen kauften, einen gewissen Köppke (der selbstverständlich auch als Zeuge fungierte!) ihm einen Teil des Geldes und die Pistole in die Hand drückten. Köppke war vielleicht der einzige, der an dem Seeckt gar kein Interesse hatte, ein desto größeres aber an dem Geld. Deshalb der Prozeß.

Das Gericht beschloß in seiner Beratung, alle diese Zeugen zu vereidigen. Denn der Eid ist heilig. So heilig wie diese Demokratie mit ihrem Reichskommissariat für öffentliche Ordnung und ihrer sozialdemokratischen 1a. So heilig, wie das vierzehntägige Theater, an dem die bürgerliche Journalie bis zum „Vorwärts" ein schönes Stück Geld verdiente.

Um nicht ungerecht zu sein: Die Mitarbeiter der „Roten Fahne", Graf Reventlow, arbeitete hier auch mit. Mit seinem Geld (vielleicht mit seinem Honorar von der „Fahne"?) und seinem Einfluß versuchte er während der Untersuchung, die Zeugen (wirklich die Zeugen) und auch die „Angeklagten" reinzuwaschen.

Und das Gericht mit seinem Generalstaatsanwalt und der sozialdemokratischen Berliner Polizeidirektion weigerten sich, diese „Zeugen" zu verhaften, obwohl einige sogar zusammen eine Wohnung haben. Deshalb klappte alles programmäßig.

Selbstverständlich endete die ganze Komödie mit einer Freisprechung. Denn wer sollte wohl verurteilt werden? Wird sich jemand freiwillig verurteilen.

Wir wollen hier keine Untersuchung anstellen, wieviel Jahre oder Jahrzehnte Kerker während dieses Theaters über Proletarier verhängt wurden, weil sie gegen die Gesetze dieser Ehren-Demokratie verstießen.

Durch diesen Freispruch wird die „Normalisierung der Typen" gekennzeichnet. Sie gleichen sich. Einer ist wie der andere, einer kann dem anderen nichts mehr. Auch nicht, wenn einer aus den eigenen Reihen ein bißchen abgemurkst werden sollte. Auf die Anstiftung zum Mord steht nach den bürgerlichen Gesetzen der Tod. An dieser Anstiftung ist die ganze untergehende Gesellschaftsordnung beteiligt. Das Proletariat muß der Vollstrecker des Urteils sein. Bevor diese Pestbeule die ganze lebende Proletariergeneration vergiftet.

Die deutsche Textilindustrie flüchtet ins Ausland. Die seit langen Jahren bestehende Bandfirma Alb. Johann jun., Wermelskirchen, will, wie der „Konfektionär" erfährt, einen Teil ihres Betriebes nach einer Vorstadt von Rio de Janairo (Brasilien) verlegen und dort zunächst 80 Stühle aufstellen. Verschiedene Meister sind schon abgereist. Die Chefs und die anderen Arbeiter werden demnächst folgen. Der Betrieb soll im übrigen mit einheimischen Arbeitskräften durchgeführt werden. — Auch eine große Liegnitzer Wollwarenfirma will in Südamerika einen Betrieb errichten, um durch Verarbeitung der Rohwolle an Ort und Stelle, die Herstellungskosten billiger zu gestalten.

Vertikale Konzentration auch in Frankreichs Textilindustrie. Unter der Führung des Industriellen Lederlin, Inhaber großer Appretur- und Färbereianstalten im Vogesengebiet, ist die französische Textilindustrie schon seit Jahren an der Arbeit, ihre Kontrolle über alle Branchen auszubreiten, die ihren Fabrikationsprozeß betreffen. Neuerdings hat nun der Lederlin-Trust die Textilwerke Crafton, die hauptsächlich Färberei- und Druckereibetriebe unterhalten, für den Betrag von 65 Millionen Frank käuflich erworben und somit das letzte größere unabhängige Veredlungswerk sich angegliedert. Auch in der Webereiindustrie sind gleiche Konzentrierungsbestrebungen zu beobachten.

Bauernrevolte in Italien. Um gegen die Anwendung der neuen Steuergesetze zu protestieren, erstürmten Bauern aus den umliegenden Ortschaften die Bürgermeisterei von Teano, zerstörten das Zollbüro, und nur mit Mühe konnte der Kommissarverwalter von Teano der wütenden Volksmenge entgehen. 2 Kommissare und 2 Polizisten wurden verletzt. Der Vizepräfekt von Caferta ist in Teano mit Truppen und Polizeiverstärkungen eingetroffen.

Der Aufstand in Albanien. Der Präsident der albanischen Nationalversammlung wurde in Tirana von den Anhängern der Aufständischen ermordet.

Aus der Bewegung

Am 8. Juni fand in Zwickau die kombinierte Bezirkskonferenz der KAPD. und AAU. vom Bezirk Sachsen statt. Vertreter der Einheitsorganisation. Die Tagesordnung lautete: Zwickau. Entschuldigt war Dresden. Es fehlten Hohenstein-Ernstthal, Plauen und Zittau. Als Gast war erschienen ein Vertreter der Einheitsorganisation. Die Tagesordnung lautete: 1. Politische und wirtschaftliche Lage und die Aufgaben der KAP. und AAU. — 2. Organisatorisches. — 3. Jugend.

Zum ersten Punkt referierte ein Genosse aus Berlin, der als Vertreter der Hauptausschüsse gesandt war. Seine Ausführungen lagen in der Linie, die vom „Kampfruf" und der „Kommunistischen Arbeiterzeitung" vertreten wird, und worin zu allen wesentlichen Ereignissen gründlichst Stellung genommen wird.

In der darauffolgenden Diskussion wurde durch Beschluß dem Genossen der Einheitsorganisation das Wort erteilt. Derselbe stellte dann die Auffassung der Einheitsorganisation (Rühlianer) in der bekannten Art dar, daß eben der Unionist auf Grund seiner Erkenntnis von den Lohnkämpfen, da sie nicht zum Ziele führen, eben sie auch verneinen soll, d. h. im Augenblick, wo das Proletariat den Betrieb verläßt, den Streikbrecher zu spielen haben. Die Vertreter der Ortsgruppen traten diesem rotschillernden Gelbling entgegen und betonten, daß Solidarität mit unseren Klassengenossen höchstes Gebot wäre. Was auch der Vertreter aus Berlin noch gründlichst unterstrich.

Im Organisatorischen ergab sich, daß der Bezirk arg darniederliegt, was wohl viel auf mangelnde agitatorische Kräfte zurückzuführen ist. Der Jugendfrage soll in Zukunft mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden.

Soweit der Bericht des Referenten. Doch wir hätten den Genossen in Sachsen noch folgendes zu sagen: Es zeugt von einer mangelnden Erkenntnis der programmatischen Grundlage der Organisation, wenn man auf einer Bezirkskonferenz eine gegnerische Organisation zu Worte kommen läßt. Dazu ist unseres Erachtens nach, die Zeit zu kostbar. Mit gegnerischen Organisationen setzt man sich entweder im Betrieb oder in öffentlichen Versammlungen auseinander und nicht dort, wo alle Kräfte auf die Möglichkeit der Stärkung der Organisation gerichtet sein müssen. Wo rücksichtslos die Schwächen aufgedeckt werden müssen, wo Selbstkritik vor allem am Platze ist, wo von den Genossen manchmal nicht die einfachsten Grundbegriffe der Organisation erkannt werden, da kann und darf so etwas nicht geschehen vielleicht aus alter Bekanntschaft heraus.

Die Genossen in Sachsen haben allen Grund, endlich sich das geistige Rüstzeug zuzulegen. Am allernotwendigsten die revolutionäre Presse zu bestellen, d. h. auch lesen, durchdenken und danach handeln, wozu auch das Bezahlen gehört. Aus dieser theoretischen Klarheit wird sich auch die organisatorische Vergrößerung und Festigung ergeben. In Arbeit stehende Mitglieder sind verpflichtet, die revolutionäre Zeitung sowie Literatur zu lesen. Ein Mitglied der KAP. und AAU. ohne seine Zeitung, ist wie eine Suppe ohne Salz, einfach nicht zu genießen. Genossen in Sachsen! Ans Werk! Ihr habt viel wettzumachen. Nicht immer auf den großen Bruder warten, sondern selbst ist der Mann, und immer noch steht im Anfang die Tat.

Mitteilung

Jugendgruppe Neukölln. Partei- und Unionsgenossen, schickt eure Kinder zur Jugend. Jeden Mittwoch, abends 7.30 Uhr im Jugendheim, Kaiser-Friedrich-Straße 4.

Verantw. Redakteur und Herausgeber: Kurt Hellwig, Düsseldorf. — Druck: Karl Bergmann, Berlin S 42, Oranienstr. 160.

5. Jahrg. Nr. 47

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 0,15 Mark

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei und im Strassenhandel. — Inserate werden nicht aufgenommen.

Juni 1924

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 490 29. (Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49.)

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post: Halbmonatlich die im Kopf der Zeitung angegebenen Preise. Zahlung bis 5. beziehungsweise 20. jeden Monats.

Hoffnungsloser Zustand

Die nach der wilden Inflationsperiode durch die darauf erfolgte Stabilisierung einsetzende Märchenstimmung hat jetzt einer Stimmung Platz gemacht, die mit allem Möglichen verglichen werden kann. Verstummt ist der neunmal kluge Spießer mit seinem breiten Geschwafle, daß, wenn erst mal wieder das Geld beständigen Wert hat, dann läßt es sich schon wieder kaufen und verkaufen, dann läßt sich es auch wieder verdienen, dann leben wir wieder auf usw.

Das Geld hat nun wieder seinen Wert erhalten, d. h. in der deutschen Republik ist eine Währung eingeführt, die fest ist, fest bleiben soll und mit allen Mitteln auch gehalten wird, mag kommen, was da will.

Und es kommt auch, was da will, nämlich der Zusammenbruch der Wirtschaft, wie ihn sich viele heute noch nicht vorstellen können. Die wilde Inflationsepoche hat sie alle getäuscht. Auch die Arbeiterschaft glaubte, daß die Arbeit nicht alle werden kann. Doch als man den dick aufgeschwemmten Wirtschaftsapparat der demokratischen Republik auf seine normale Form versuchte zurückzuführen, da stellte sich heraus, daß er gar nicht mehr normal war, sondern nur noch eine klapprige, vom Wind der Zeit hin und her pendelnde Vogelscheuche darstellte. Gesundungskrise brüllte die Bourgeoisie und brav hallte es in der Presse wieder bis zum „Vorwärts", dem Zentralorgan der sich jetzt wieder SPD. nennenden politischen Organisation, auf die einstmals das Proletariat der Welt mit Stolz geblickt hat.

Die Krise kann nur zur Gesundung führen, wenn wir länger und billiger arbeiten, sagte die Bourgeoisie und brav wiederholte es die Presse bis zum „Vorwärts".

Im Prinzip kann ja der Achtstundentag bestehen bleiben, nur müssen wir praktisch länger arbeiten, sagte die Bourgeoisie und wie an unsichtbaren Fäden gezogen, schwenkte die Pressemeute ein und sozialdemokratische Schlichter und sozialdemokratische Kommissare konnten nicht schnell genug Schiedssprüche verbindlich erklären, die den Zehn- und sogar den Zwölfstundentag als der Zeit entsprechend und für notwendig erklärten im Interesse der Gesundung der Wirtschaft, bis im Interesse des Profits.

Doch auch alle diese Maßnahmen, die mit allen Mitteln, den der Raffinesse und selbstverständlich auch den der Gewalt, durchgeführt wurden, haben sich als Illusion erwiesen und sind gescheitert und werden weiter scheitern an dem ehernen Muß der ökonomischen Gesetze. Sie werden daran scheitern müssen, weil eben die Bourgeoisie, die bürgerliche, privatkapitalistische „Ordnung" die Erzeugung der Produkte und ihren Absatz nicht mehr im Einklang bringen kann. Zwischen Produktion (Erzeugung) und Konsumtion (Absatz) ist ein Loch, das diese Klasse nebst ihren Lakaien und mögen sie sich noch so viele marxistische Renegaten kaufen à la Lensch, Zickler, Striemer usw. nicht mehr überbrücken, nicht ausfüllen kann.

Die deutsche Bourgeoisie hat durch die Annahme des Sachverständigengutachtens sich in den Rahmen des internationalen Vorstoßes hineinbegeben, da sie keinen anderen Ausweg sah. Sie ist sich der Schwere der Durchführung, sogar zum Teil der Unmöglichkeit der Durchführung bewußt, trotzdem blieb keine andere Möglichkeit der Zeitgewinnung. Der erste notwendige Schritt zur Erfüllung dieses Planes ist nach der Ansicht des stellvertretenden Vorsitzenden der deutschen Arbeitgeberverbände Borsigs die vollständige Aufgabe der Koalitionsfreiheit für die Arbeiterschaft, freie Verfügung des Arbeitgebers gegenüber „seinen" Arbeitern, falls die Gewerkschaften dies nicht einsehen wollten. Er richtet darum ein offenes Wort an die Gewerkschaften im Interesse der nationalen Einheit und wirtschaftlichen Wiedergeburt, sich diesen Tatsachen nicht zu verschließen.

Das Proletariat braucht sich keinen Illusionen hingeben, daß etwa „seine" Gewerkschaften dies ablehnen werden, im Gegenteil, mit zwingender Logik werden sie, weil sie eben die Rettung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung wollen, sie ja auf diese angewiesen sind, alle verlangten kapitalistischen Notwendigkeiten, die für das Proletariat selbstverständlich Gemeinheiten sind, mitmachen, gutheißen, entweder offiziell oder inoffiziell unterstützen. Ermächtigungsgesetze mit ganz anderen Auswirkungen werden die deutsche Demokratie im vollsten Licht erstrahlen lassen und viele bleiche, ausgemergelte nur noch wankende und schwerkranke Proletarier werden mit einem Fluch auf den Lippen dieser Demokratie durch Selbstmord entfliehen.

Der sich noch in größeren Dimensionen als bisher wehrende und aufbäumende Teil des Proletariats wird wie bisher kunstgerecht gespalten, voneinander ferngehalten in soundsoviel politisch „neutralen", wie wirtschaftlichen Organisationen und Organisatiönchen, die alle den Sieg, den wirtschaftlichen Sieg errungen hätten, wenn das Proletariat bei ihnen organisiert wäre usw. Kämpfe, wie die der letzten Zeit, müssen sich wiederholen. Der Eisenbahnerstreik, der diesmal noch von den geübten Seelenverkäufern notdürftig verhindert werden konnte, ist nur aufgeschoben, nicht aufgehoben; denn auf die Dauer können auch die geduldigsten Eisenbahnbeamten sowie die lammfrommen Eisenbahnarbeiter dieses Sklavenjoch nicht ertragen, daß immer drückender, immer härter, immer brutaler werden muß.

Hoffnungslos treibt die kapitalistische Wirtschaft dem Chaos entgegen, riesige Massen Proletarier unter sich begrabend.

Verständnislos steht ein großer Teil des Proletariats dieser Entwicklung gegenüber. Kleine Augenblickskonjunkturen täuschen seinen Blick und der Revolutionär sieht mit Erschrecken das Resultat der jahrzehntelangen reformistischen, nur stets rein wirtschaftlich kämpfenden Politik der alten vorkrieglichen Arbeiterbewegung, die nach dem Kriege in geradezu verbrecherischer Weise von sich Kommunisten nennenden Menschen noch gestärkt wurde. Die erneut das vorwärtsstürmende, teilweise noch suchende und tastende Proletariat vom wahren, wenn auch dornigen und rauhen Weg der proletarischen Klassenerkenntnis ablenkte und wieder ins reformistische Fahrwasser der sogenannten Realpolitik, des Spatzen in der Hand, der besser sein soll als die Taube auf dem Dach, zurückführte. Heut muß das Proletariat erkennen, daß sein „realpolitischer" Spatz längst tot, längst faul, längst stinkig ist. Und große Teile haben es erkannt und sind aus diesen muffigen, versumpften und verlotterten Organisationen ausgetreten, doch ohne, und dieses ist ein Moment des hoffnungslosen Zustandes im Proletariat, den Weg zur Waffe seines proletarischen Befreiungskampfes zu finden, zu den revolutionären Organisationen.

Während die Bourgeoisie den versteckten Bürgerkrieg, den Würgerkrieg gegen das Proletariat führt, überall riesige Streiks und Aussperrungen sowie Betriebsstillegungen den Weg des Würgerkrieges bezeichnen, brüllt die sozialdemokratische kleinbürgerliche Presse täglich den Sieg der Demokratie, den Sieg der Volksherrschaft in alle Welt. Ueber die rohe Gewalt soll bekanntlich der Pazifismus, die Gewaltlosigkeit gesiegt und den Siegesmarsch über die Erde angetreten haben. Doch noch nie ist auf der Erde, auf der kapitalistischen Welt solch ein wahnsinniges Wettrüsten zu verzeichnen gewesen, als jetzt.

Sicherung ist die Parole. Sicherung des Profits verlangt ununterbrochene Rüstung gegen die hungernden und meuternden Sklavenbataillone, gegen das Proletariat. Sich Sozialisten nennende kleinbürgerliche Lumpen wetteifern um die Posten als Schildhalter der Bourgeoisie. Wissenschaft und Technik der einzelnen Demokratien wetteifern mit und gegeneinander in der Herstellung von Material und Werkzeugen, daß auf einen Aderlaß der Menschheit hindeutet, wie ihn die antike Welt nie gesehen hat. Das revolutionäre Proletariat muß gegen die Seuche der Demokratie, die die gefährlichste Verschleierung der kapitalistischen Diktatur ist, mit unermüdlicher und zäher Energie ankämpfen. Der Zustand der Hoffnungslosigkeit im Proletariat muß überwunden werden. Der Zerfall der parlamentarischen Parteien als Widerspiegelung des Zerfalls der Wirtschaft muß für das revolutionäre Proletariat Ansporn und treibender Motor sein, um durch die Klassenerkenntnis das Proletariat zu seiner Klassentat zu befähigen.

Riesengroß, gigantisch ist die Aufgabe des Proletariats. In seinem Kampf gegen das Kapital, im Kampf zum Sturz des Kapitals wird und kann das Proletariat nur auf seine eigene Kraft rechnen. Die ganze kleinbürgerliche Meute, das Berufsführertum muß sich gegen den revolutionären Umsturz entscheiden, weil es ja dann auch erledigt ist.

Darum Proletarier!

Heraus aus der Lethargie, heraus aus der Gleichgültigkeit. Lernt aus der Geschäftigkeit eures Gegners, auch eurer „Führer", die nicht schnell genug Denken und Handeln können, wenn es gegen euch geht, wenn ihr durch die Provokationen eures Klassenfeindes und durch den Hunger zur Arbeitseinstellung oder Empörung getrieben werdet.

Nur durch den Zusammenschluß als Klasse in den Betrieben werdet ihr im kühnen Ansturm unter der einigenden Parole:

Alle Macht den Räten,

diesen für viele von euch hoffnungslos erscheinenden Zustand überwinden.

Die Sanierung

Das Sachverständigengutachten ist vom Reichstag angenommen. Die deutsche Bourgeoisie hat die ersten Früchte geerntet. Die Golddiskontbank hat daraufhin den ersten Kredit von 100 Millionen Goldmark erhalten. Dieser Anfang ist keineswegs mit großem Jubel aufgenommen. Im Gegenteil, die Gleichgültigkeit ist sehr groß. Man fühlt mehr oder weniger, daß der Zusammenbruch nicht aufzuhalten ist. Alle großen Versprechungen nutzen nichts gegenüber der Tatsache, daß die Produktion von Tag zu Tag zurückgeht, ein Betrieb nach dem anderen stillgelegt werden muß. Was sollen die Kredite denn helfen, wenn die Produktionskosten sich immer mehr von den Weltmarktpreisen entfernen.

Die amerikanische Krise drückt die Preise für Fertigfabrikate stark herunter. Die Ausfuhr geht mit jedem Monat zurück. Das beste Zeichen für den Zustand der amerikanischen Wirtschaft ist die Lage der Landwirtschaft. Zwei Millionen Farmer sind im Jahre 1922 in die Städte geflüchtet. Im Jahre 1923 erhöhte sich ihre Zahl auf 3 Millionen. Die Farmen sind verlassen. Der Boden liegt brach. Die Stahlproduktion ging von 95 v. H. auf 60 bis 70 v. H. der Leistungsfähigkeit zurück. Viel schlimmer steht es in der Textilindustrie. Am schlechtesten ist die Lage im Bergbau, der nur auf 25 v. H. der Leistungsfähigkeit kommt. Dabei ist Amerika das reichste Land der Welt. Es hat nicht weniger als 4 Milliarden Dollar in Gold aufgehäuft. Die Arbeitslosigkeit nimmt dort täglich zu. Die europäische Krise wirft schon ihre sichtbaren Schatten auf die kapitalistische Hochburg. Aber die Sanierung schreitet fort.

Der Versuch des europäischen Wiederaufbaus deckt erst die Krise in ihrem wahren Umfang auf. Seit 1918 hat das Kapital [illegible] zu kümmern. Es hat immer geglaubt, sich auf Kosten des anderen sanieren zu können. Diese Idee war die Frucht der imperialistischen Theorie, daß es nur darauf ankomme, neue Absatzmärkte zu erobern, um die Krise zu beheben. Eine neue Verteilung der Welt war das Ziel des Kampfes. Jede Nation hoffte, durch Vernichtung der anderen dichter an die Sonne des Profits heranzukommen. Man investierte daher Kapitalien in dem Glauben, sie später doppelt und dreifach wieder hereinholen zu können. Die koloniale Erschließung, d. h. Ausbeutung war das Ziel.

Einen schlimmeren Zusammenbruch hat nie eine Theorie erfahren als der Imperialismus. Die neuen Absatzmärkte sind da. Das englische, das französische, das italienische, das serbische, das rumänische Kapital haben einen riesigen Gebietszuwachs zu verzeichnen. Ihre industrielle Kraft ist gewachsen, der Produktionsapparat stark erweitert. Ueberall liegen die Betriebe still, der Absatz stockt. Für die Bourgeoisie ist diese Entwicklung ein Rätsel. Das europäische Kapital führt sie auf die ungeheure Kriegsverschuldung und die finanzielle Mißwirtschaft zurück und glaubt durch eine vernünftige Finanzpolitik den alten Zustand wiederherstellen zu können. Die amerikanische Krise ist für es nur eine Folge des europäischen Zusammenbruchs. Es kommt daher folgerichtig zu der Ansicht, daß es die Aufgabe des amerikanischen Kapitals sei, Europa beim Wiederaufbau zu unterstützen. Diese Auffassung ist natürlich auch von Zweckmäßigkeitserwägungen getragen, aber sie zeigt zur Genüge, wie mechanisch das Kapital die Wirtschaftskrise auffaßt. Es wird der finanzielle Ausgleich als das Wesentliche an einer Wirtschaft aufgefaßt. Das Kapital begreift nicht, daß durch die Beseitigung eines Symptoms, der gerade der Ausdruck des Standes der Wirtschaft ist, die Fundamente der Wirtschaft unberührt bleiben. Die Fehlerquelle liegt in dem Verhältnis von Produktion und Konsumtion. Dieses wiederum basiert auf dem Prinzip des kapitalistischen Systems, das anarchisch ist. Es ist nicht auf dem Bedürfnis, sondern auf dem Profit aufgebaut.

Die Auffassung der augenblicklichen Krise als Finanzkrise bestimmt auch die Mittel, die das Kapital zu ihrer Bekämpfung anwendet. Die Führung hat das Bankkapital als der feste Turm im Chaos übernommen. Es ist der Beherrscher der Situation, weil es am stärksten flüssig ist und über das gesamte Betriebskapital verfügt. Es legt das Maß der Produktion durch Verteilung der Kredite fest. Der Staat, [illegible] die dauernde [illegible] Nothilfe, hat seine letzten Reserven ausgegeben und ist zum Kostgänger der großen Konzerne geworden. Die letzte intakte Gruppe bestimmt die Richtung der Wirtschaft. Ihre Sorge ist wieder einen internationalen Wertmesser zu schaffen, der es ihr ermöglicht, auf dem Weltmarkt wieder mit erträglichem Risiko aufzutreten. Das Bankkapital hat es auch so in der Hand, die gesamte Einfuhr und damit die Produktion zu regulieren. Das Industriekapital ist zur vollkommenen Machtlosigkeit verdammt. Es muß sich in den Schutz der Banken stellen. Nur deren Unterschrift beschafft ihm die notwendigen Kredite. Keine Außenhandelsstelle und keine Regierungsverordnung kann eine so wirksame Kontrolle der Wirtschaft ausüben. Aber dies alles genügt nicht, um das von ihm angeblich verfolgte Ziel zu erreichen — die deutsche Produktion zu Weltmarktpreisen. Die Banken sind sich sehr wohl darüber klar, daß dieser Zustand

der äußersten Kreditbeschränkung ein vorübergehendes Mittel ist. Die dauernden Preisuntersuchungen helfen auch nicht. Die deutsche Produktion geht immer mehr zurück. Die Preise für neue Produkte steigen, statt zu fallen.

Ausländische Fertigfabrikate werden in steigendem Maße eingeführt, weil sie billiger sind. Die Devisenreserven werden auf diese Weise stark vermindert. **Die Währung bleibt stabil und dafür zerfällt die Wirtschaft.** Eine Fabrik nach der anderen schließt. Ein Konkurs jagt den anderen. Die ersten Pleiten wurden noch saniert. Jetzt läßt man fallen, was fällt. Die ausländischen Kredite braucht man augenblicklich gar nicht. Sie nützen nichts, solange das inländische Preisniveau so hoch über dem Weltmarkt steht. Sie würden bald aufgezehrt sein. Es wäre nicht möglich, sie zurückzuerstatten. Wozu braucht man noch das Sachverständigengutachten. Es hat zur Voraussetzung, daß das deutsche Kapital auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähig ist. Das Einsetzen der amerikanischen Konkurrenz, die Verschärfung der europäischen Krise durch die allgemeine Wiederaufbaupolitik, hat noch die wenigen Chancen beseitigt. Es liegt alles hoffnungslos da. Das Kapital sieht keinen Ausweg. Man arbeitet nur, um zu arbeiten. Man will nicht ganz den Betrieb einschlafen lassen. Es ist aber nur noch eine Frage der Zeit, wie lange man dies aushält.

Im ersten Vierteljahr 1924 hat der Binnenmarkt noch etwas aufnehmen können. Die neue Inflation und die Einsetzung der Reserven schafften eine künstliche Konjunktur, besonders der Textilindustrie. Heute ist dieselbe Industrie ruiniert. Sie hat alles verausgabt und bekommt nichts wieder herein. Die Läger sind voll. Es findet sich kein Abnehmer, trotzdem die Ware sozusagen verschleudert wird. Der zwangsweise Preisabbau hat vollkommen versagt. Er hätte zwar unter großen Verlusten eine Atempause herbeiführen können, aber auch nichts mehr. Selbst dies war nicht der Fall. Das Sparprogramm der Bourgeoisie hat auch diese Möglichkeit ausgeschaltet. Das Ausland will selbst zu den ermäßigten Preisen nicht kaufen. Ueberall ist Totenstille.

In diesem allgemeinen Chaos soll das deutsche Kapital aufbauen und aus den Erträgen Reparationsleistungen machen. **Es ist von vornherein klar, daß schon jetzt die Ausführung des Sachverständigengutachtens völlig ausgeschlossen ist.** Die Verschärfung der Krise hat zu einer völligen Gleichgültigkeit des deutschen Kapitals geführt. Der Zusammenbruch im Innern ist nicht, wie es so gern hingestellt zu werden pflegt, der Zusammenbruch der Inflationsgewinner im Gegensatz zu den sog. soliden Unternehmungen, sondern der Beweis der Unmöglichkeit einer Konkurrenzfähigkeit des deutschen Kapitals auf dem Weltmarkt und der Fortführung der Wirtschaft auf der bisherigen rein auf den Binnenmarkt eingestellten Produktion.

Es war seit der Stabilisierung klar, daß der Export auf Kosten des Binnenkonsums auf das Aeußerste gesteigert werden mußte, wenn die deutsche Wirtschaft lebensfähig sein sollte. Das Gegenteil hat sich in der Praxis vollzogen. Das deutsche Kapital hat sich mit ungeheurer Wucht auf den Binnenmarkt gestürzt, weil ihm hier der Profit leicht und mühelos winkte. Es steht jetzt noch schlechter da als vor dem Beginn der Stabilisierung. Die neuen Kredite stellen nur noch einen Bruchteil der Verluste dar. Das Bankkapital als Regulator der Wirtschaft hat vollkommen versagt. Es hat billige Auslandswaren eingeführt, statt die deutsche Produktion zu stützen. Diese Wareneinfuhr war notwendig, um den durch den Preisabbau an den deutschen Waren eingetretenen Substanzverlust des Handelskapitals wett zu machen. So handelt jede kapitalistische Gruppe immer in ihrem eigenen Interesse ohne Rücksicht auf die kapitalistische Gesamtlage. Es wäre Utopie, zu sagen, es gäbe da eine Regulierung, die einen Interessenausgleich schaffen könnte. Das Kapital läßt sich nicht zu unproduktiven Unternehmungen zwingen.

Bisher griff der Staat ein. Da aber seine finanziellen Mittel erschöpft sind, so bleibt er wie bisher passiv und beschränkt sich darauf, die Währung zu halten und dafür die Wirtschaft zu ruinieren.

In dieser trostlosen Atmosphäre ist das Proletariat brav und hält still. Es erwartet noch immer das Heil von dem Kapitalismus. Das begeisterte Bekenntnis der Sozialdemokratie zur Republik ist die Zustimmung der hinter ihr stehenden Arbeiterschaft zur Vernichtung ihrer Existenz als Menschen und als Klasse.

Das Proletariat muß den Maßstab seines Kampfes an der Verschärfung der kapitalistischen Krise nehmen. Dann kommt es auch zur Erkenntnis, daß revolutionärer Kampf und nicht KPD.-Putschismus die einzige Lösung ist.

Groß-Berlin

Kombinierte Mitgliederversammlung

der KAP. und AAU.

am Freitag, den 20. Juni, abends 7 Uhr in Boeters Festsäle, Weberstraße 17

Tagesordnung:

Aufgaben und Taktik der KAP. und AAU.

Vollzähliges und pünktliches Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht. — Ohne Mitgliedsausweis keinen Eintritt.

Politische Rundschau

Gefährliche Tendenzen in der KPD.

In der „Roten Fahne“ vom 15. Juni ist folgender Passus enthalten, der dem revolutionären Proletarier allerlei Aufschlüsse gibt:

An sämtliche Zehner- und Abteilungsführer der Berlin-Brandenburger Organisation!

In letzter Zeit sind in der Organisation Tendenzen aufgetreten, daß die Zehnerführer mit Ausschlüssen bzw. Streichungen von nicht ganz aktiven Genossen etwas leichtsinnig umgehen. Diese Tendenzen haben dazu geführt, daß eine Reihe von Bezirken in ihrem Mitgliederbestand erheblich geschwächt wurden, ohne eine stärkere Aktivisierung der Mitglieder zu erreichen. **Im Gegenteil, eine Anzahl von alten Funktionären wurde ersetzt durch Genossen, die noch nicht so lange in der Partei sind, daß sie für eine zuverlässige Zusammensetzung des Funktionärkörpers die genügende Gewähr bieten.**

Die Bezirksleitung Berlin-Brandenburg hat zu diesen Vorgängen Stellung genommen und beschlossen:

1. Kein Zehnerführer, kein Funktionär und auch kein Verwaltungsbezirk hat das Recht, selbständig Ausschlüsse zu verhängen, ohne diese Ausschlüsse der Bezirksleitung Berlin-Brandenburg zu unterbreiten.
2. Abteilungsfunktionäre müssen ein Jahr, Gruppenfunktionäre zwei Jahre und Verwaltungsbezirksfunktionäre drei Jahre in der KPD. organisiert sein. Ausnahmen können nach Einvernehmen mit der Bezirksleitung Berlin-Brandenburg zugelassen werden.

Es ist noch ein dritter Absatz angehängt, der jedoch bedeutungslos ist. Doch aus obenstehendem von uns hervorgehobenen Satz ist zu erkennen, daß ein großer Teil Proletarier der KPD. in diesen organisierten Prügeleien mit den Faschisten des Sonntags wohl nicht die richtige kommunistische Taktik erblicken, zumal die kapitalistische Ausbeutung nicht einen Augenblick dadurch unterbrochen wird. An unsern Genossen muß es liegen, die aus der Massenpartei ausscheidenden Proletarier, die nach neuen Ufern drängen, den Weg zu erleichtern im Interesse der proletarischen Revolution, im Interesse des Kommunismus.

Schuft Zicklers Weltanschauung

Ausgerechnet Artur Zickler, der Verfasser des Mordgedichtes, das im Januar 1919 im „Vorwärts“ erschien und offen zur Ermordung von Liebknecht, Luxemburg und Radek aufforderte, hat die Weltanschauung des Arbeiters entdeckt. Sie ist zwar noch nicht fertig, sie wächst aber. Vor allem will der Arbeiter richtig geführt und regiert werden, meint dieser schmierige Renegat Zickler. Ueber den Sozialismus äußert er sich folgendermaßen:

„Nichts ist ganz falsch, besonders nicht der Sozialismus. In seiner Bejahung durch den Arbeiter liegt das richtige Gefühl dafür verborgen, daß die Zukunft der konzentratorischen, der kooperativen, der kameradschaftlichen, nicht der freibeuterischen Wirtschaft gehört, was nichts mit der unorganischen Plattheit des historischen Materialismus, mit der marxistischen „Vergesellschaftung der Produktionsmittel“, mit der demagogischen Parteiwirtschaft und der kommunistischen Verkennung des menschlichen Wesens zu tun hat; wohl aber sitzen diese Mißverständnisse heute als Parasiten auf dem richtigen Grundbewußtsein.“

Es ist ein Glück, daß das Proletariat noch zu wenig den historischen Materialismus erkannt und begriffen hat; denn sonst wären diese parasitären Schreiberseelen als Zickler und der Tausend andern offenen und versteckten Renegaten schon längst im Schmelztiegel der proletarischen Revolution geläutert worden, indem sie durch die Vergesellschaftung der Produktionsmittel ihr parasitenhaftes Schlemmerdasein hätten aufgeben müssen, um dafür nutzbringende Arbeit für die Allgemeinheit zu leisten.

Daß diese damals serienweise von Stinnes gekauften Subjekte, so auch der radikale Paul Lensch, nicht mehr allzulange ihr Unwesen treiben können, dafür muß das revolutionäre Proletariat mit seiner marxistischen Weltanschauung sorgen. Jedesmal, wenn sich das Proletariat aufrafft und nur mal auf Stunden sein Ziel im Auge hat, um diese Welt nicht nur anzuschauen, sondern zu verändern, dann sind alle diese Zicklers platt, doch sobald die Gefahr vorüber ist, dann kommen diese Modderkrebse wieder ans Licht.

Borsigs Mahnung an die Gewerkschaften

Wirtschaftliche Einsicht, heißt ein Aufsatz von Borsig, den die „DAZ.“ auszugsweise wiedergibt und der an die Gewerkschaften gerichtet ist. Borsig ist ja noch in Erinnerung von der Tagung der Industrie bei Kroll mit seinem provokatorischen Reden, die allerdings die Klassenkampfsprache der Bourgeoisie ist. Er schildert drastisch die Lage der Industrie und zieht dann auch konsequent die Schlußfolgerung. Doch lassen wir ihn selbst reden:

„Seit Monaten versuchen wir — z. T. vergeblich — unter Gestehungskosten nach dem Auslande zu exportieren, um wenigstens den Schornstein rauchen zu lassen, um die mühsam geknüpften Fäden zum ausländischen Markt nicht wieder abzureißen. Trotzdem ist die Handelsbilanz der letzten fünf Monate mit fast einer Milliarde Goldmark passiv. Im Inland ist ein künstlich und mit übertriebenen Konsumansprüchen erzeugter guter Geschäftsgang einiger Industriegruppen wieder vorüber. Was hier nicht die Kapitalknappheit der Betriebe schon von selbst bewirkt hat, wurde durch die Kreditpolitik der Reichsbank vollendet. **Kann denn ein ernster Mensch wirklich behaupten, die Gesamtheit des deutschen Unternehmertums würde mit verschränkten Armen dem Zusammenbruch ihrer Betriebe zusehen, ohne mit höchster Anstrengung zu versuchen, die Produktionskosten zu verbilligen, die Preise herabzusetzen und wenigstens die Zinsen des angelegten Kapitals herauszuwirtschaften, von einer neuen Kapitalbildung ganz abgesehen?** Noch immer gilt für die Gesamtheit der deutschen Arbeitgeberschaft der Grundsatz, daß das höchste Ziel der Arbeit das Gemeinwohl ist.“

Mit Gemeinwohl meint dieser „Edelmann“ natürlich den Profit. Doch was verlangt er von den Gewerkschaften? Nichts weiter als vollen Wirtschaftsfrieden, d. h. Aufgabe des Koalitionsrechts, Streikverbot usw. Er kleidet dies in folgende Worte:

„Wir müssen uns entschließen, innerhalb unserer Grenzen zum politischen und wirtschaftlichen Frieden, zum Arbeitswillen, zur intensiven Arbeitsausnutzung und damit schließlich zu einer nationalen Wirtschaft und nationalen Volksgemeinschaft zu kommen.“

Dieses sind unsere Forderungen und unsere Auffassungen in der Frage der Arbeitszeit, des Tarifvertrages und des Sachverständigenwesens.

An einer anderen Stelle peitscht der Herr den Knecht etwas durch und sagt dann, entweder stimmt ihr uns bei, oder nicht. Wenn nicht, wird über die Mängel der deutschen Gewerkschaften ein ernstes Wort geredet werden müssen. Da man sich nun, SPD. sowie Gewerkschaften für das Sachverständigengutachten entschieden hat, d. h. für den verzweifelten Versuch, daß Kapital aus seiner Krise herauszuschuften und zu hungern und dies eben nur den Schein einer Möglichkeit auf Borsigscher Grundlage hat, in Wirklichkeit ist es auch dann noch unmöglich, so wird und werden die Gewerkschaften Gemeinheit auf Gemeinheit, Niedertracht auf Niedertracht häufen müssen und ihren bisherigen, mit Proletarierleichen gepflasterten Weg zum Gemeinwohl, bis Profit des Kapitals fortsetzen. Das Proletariat ist gewarnt.

„Zehn Jahre Sozialdemokratie“

(Schluß.)

Einen Abschnitt für sich, bildet das Verhalten der Sozialdemokratie während der Revolution. Nach der Broschüre, schreibt z. B. der berüchtigte General Maerker in seinen Memoiren:

„Am 4. Januar 1919 (also schon vor den Straßenkämpfen in Berlin!) erschienen auf meine Aufforderung die Volksbeauftragten Ebert und Noske im Zossener Lager, um die Truppen anzusprechen. Sie waren freudig erstaunt, wieder „richtige Soldaten“ vor sich zu sehen. Als sie die Truppen von allen Seiten mit klingendem Spiel in fester, strammer Haltung ausrücken sahen, beugte sich Noske zu Ebert herab, klopfte ihm auf die Schulter und sagte: „Sei nur ruhig, es wird bald alles wieder gut werden,“ ein Zeichen, unter welchem Druck sich die Regierung damals befand. In ihren Ansprachen forderten die beiden Volksbeauftragten die Mannschaften auf, die Manneszucht zu wahren! Am 6. Januar wurde Noske, der jahrelang Referent der Sozialdemokratie im Reichstage gewesen war, zum Oberbefehlshaber des restlichen Heeres ernannt. Das bedeutete den Beginn einer festen und einheitlichen Führung.“ Und der schon erwähnte Robert Breuer, der Pressechef der Regierung sagte:

„Alles, was auch vorgekommen, darf nicht den Regierungstruppen zugeschoben werden. Aus übertriebener Kritik werden die Attentäter von links nur neuen Mut schöpfen. Deswegen muß man unter gewissen Umständen ungerecht sein. Eine zugespitzte Gerechtigkeit ist unter Umständen ein Verbrechen. Aus diesem Grunde sind die bürgerlich-spartakistischen Elemente die schlimmsten Schädlinge wegen ihres überhitzten Gerechtigkeitsgefühls. In einem Kampfe, der uns aufgezwungen, ist nicht die Gerechtigkeit der Maßstab, sondern die Notwendigkeit. Bei Malern, Dichtern und Schriftstellern zeigt sich, daß sie immer zu Extremen neigen. So auch in der Politik. Solche Leute müssen unschädlich gemacht werden. Hier entscheidet nicht Gerechtigkeit, sondern politische Vernunft.“

Die Quintessenz der revolutionären Tage zieht die „Deutsche Tageszeitung“ und schreibt in ihrem Börsenbericht vom 14. Januar 1920:

„Neue Kurssteigerungen im Vertrauen auf Noske, von dem erwartet wird, daß es ihm gelingen werde, die Radaubrüder niederzuhalten. Es herrscht unentwegte Festigkeit bei stellenweiser lebhafter Kauflust, besonders für Montanwerte.“

Es kommt nun der Kapp-Putsch. August Winnig spielte dabei eine hervorragende Rolle. Er war vor dem Kriege Redakteur im Bauarbeiterverband und brachte ein Buch: „Preußischer Komiß“ gegen den Militarismus heraus. Während des Krieges war er Eroberungspolitiker. Nach dem Kriege organisierte er die „eiserne Division“ für das Baltikumer Abenteuer gegen Rußland. Beim Kapp-Putsch gibt er mit monarchistischen Offizieren in Ostpreußen einen Aufruf an die Bevölkerung für Kapp-Lüttwitz heraus und schlägt sich nun auf die Seite Kapps. Die „Elberfelder Freie Presse“ (SPD.) hatte die sozialdemokratische Partei schon im Dezember vor Winnig gewarnt. Jetzt erst schloß man ihn (nach dem Kapp-Putsch) aus der SPD. aus. Heute ist er mit Kloth, Unger und Stegerwald, nationalgesinnter Arbeiterführer.“ Wir zitieren nun wieder Robert Breuer, der über die Politik seiner Partei während der Kapptage folgendes sagte:

„Es ist zwar ein Kommunist dabei, aber da es sich um alte Geschichten handelt, kann ich es ja erzählen. Also, die Lage für die Regierung war verzweifelt. Die Arbeiter drängen aus dem Ruhrgebiet immer weiter vor. Wenn Berlin noch aufstand, konnte die Regierung ihre Kräfte nicht weiter gegen das Ruhrgebiet konzentrieren und sie war verloren. Was war zu tun? Obwohl sich in der Reichskanzlei die Hilferufe aus dem Ruhrgebiet zu immer höheren Stößen häuften und alles verzweifelt durcheinanderlief, ließen wir keine alarmierenden Nachrichten durch. Bei den Pressebesprechungen schilderte ich die Lage im Ruhrgebiet als durchaus befriedigend, nur kleine Unruhen, die nichts zu bedeuten haben. So wurden die Berliner Arbeiter getäuscht und beruhigt. Und so gelang es Severing und Watter, soviel Truppen gegen das Ruhrgebiet zu konzentrieren, daß die Bewegung erstickt werden konnte.“

Und Severing, damals Reichskommissar, sagte am 23. März 1920 nach dem Kapp-Putsch:

„Wenn wir gegen die Anarchie (d. h. gegen die Arbeiter) vorgehen wollen, müssen wir uns der Reichswehr als Instrument der Republik bedienen. . . . Ich habe die größten Anstrengungen in den ersten Tagen des Kapp-Putsches unternehmen müssen, um die Eisenbahngewerkschaften der Arbeiter und Angestellten zu bewegen, ihren Widerstand gegen den Abtransport von Truppen aus Bayern nach dem Ruhrgebiet aufzugeben.“

Nach dem Kapp-Putsch begann die große Steueroffensive und da prägte die Sozialdemokratie, allen voran das „Hamburger Echo“ einen Satz, der wahrlich die philosophische Ader der sozialdemokratischen Redakteure aufs allerbeste zeigt. Dieser Satz am 18. Juni 1920 geschrieben, lautet: „Der Mensch gewöhnt sich an alles, er wird sich auch an diese großen Lasten gewöhnen.“ — Zu den Märzkämpfen in Mitteldeutschland 1921 sagt Severing im „Berliner Tageblatt“ vom 7. April 1921:

„Wäre der Einsatz von Polizeikräften so massiert worden, wie es heute vermutlich aus parteipolitischen Erwägungen als größte Weisheit bezeichnet wird, dann wäre das Gewitter nicht zur Entladung gekommen, die Schwüle aber geblieben. Sicher hätte die Polizei einige Waffen gefunden, Dynamit den rechtmäßigen Besitzern wieder zugeführt und Rowdies zur Anzeige gebracht. Aber zu einer völligen Beruhigung hätte dieser Erfolg nicht geführt, der Aufstand wäre latent geblieben.“ Und in einer Rede im Preußischen Landtage: „Ich brauche in diesem Hause wohl kaum daran zu erinnern, daß ich im Jahre 1919 meine amtliche Tätigkeit mit einem Kampfe gegen linksgerichtete radikale Elemente unseres Volkes begonnen habe, daß ich diesen Kampf in der gleichen Richtung 1920 fortgesetzt habe, sowie, daß die Bekämpfung der mitteldeutschen Unruhen sich auch nicht gegen rechts gerichtet hat.“ Der Deutschnationale Dryander erklärte dann: „Der Herr Minister des Innern hat bei seinen Ausführungen über die Schupo und über das Beamtentum vorhin ausgesprochen, daß jede Gesinnungsschnüffelei fern gehalten werden solle und daß er sogar bis auf die Knochen treue Monarchisten gerne sehe.“

Dann kam die Technische Nothilfe, der Ruhrkrieg und der Krieg in Sachsen und dann kam der Fußtritt von seiten der Bourgeoisie, wie ihn der Syndikus der Schwerindustriellen, Hugo, nach der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ vom 5. November 1923 formulierte: „Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, wo die Sozialdemokratie mit allen Mitteln zerschlagen werden muß. Wir können jetzt nichts besseres tun, als der Reichstagsfraktion der VSPD. einen Fußtritt zu versetzen. Wir können jetzt auch auf die indirekte Mitarbeit der Sozialdemokraten sehr gut verzichten.“

Zum Schluß ist bemerkenswert noch eine Notiz der „Sozialistischen Korrespondenz“ über den Görlitzer Parteitag: „Wie war der Gesamteindruck auf den Zuschauer bei der Eröffnung der Tagung? Kleidung, Haltung? Gut bürgerlich, berichtet die bürgerliche Presse. Aber nicht nur Rock und Hose zeigten bürgerlichen Schnitt, auch die meisten Gedanken. Die Mitte ist Mode, die — es ist kein Scherz — in Bayern sogar bis zu den Deutschnationalen reicht. Die Mitte ist Ruhe, Ordnung und Sicherheit. Das wußte schon der alte Horaz, der Dichter der Spießer: Welt und Zeit, dein Schoßkind ist die Mittelmäßigkeit.“ Karl Marx hat im Kommunistischen Manifest 1848 die Dinge richtig vorausgesagt:

„Seinerseits erkannte der deutsche Sozialismus immer mehr seinen Beruf, der hochtrabende Vertreter dieser Pfahlbürger zu sein. Er proklamierte die deutsche Nation als die normale Nation und den deutschen Spießbürger als den Normalmenschen. Er gab jeder Niedertracht einen verborgenen, höheren sozialistischen Sinn, worin sie ihr Gegenteil bedeutete. Er zog die letzte Konsequenz, indem er direkt gegen die „rohdestruktive“ Richtung des Kommunismus auftrat und seine unparteiische Erhabenheit über alle Klassenkämpfe verkündete.“

Wie eingangs erwähnt, ist diese Broschüre von der Zentrale der Kommunistischen Partei, Sektion der III. Internationale herausgegeben. Wie wäre es, wenn man die Worte und Taten der Sozialdemokratie einmal in Parallele stellte mit denen der KPD.? Würde es nicht eine dankbare Aufgabe sein einmal die Politik der KPD. (genau wie in dieser Broschüre) in den Jahren ihres Bestehens Revue passieren zu lassen? Die KPD. besteht erst fünf Jahre und eine Kritik derselben würde umfangreicher werden als die hier besprochene 94 Seiten starke Broschüre. Aber mancher Genosse der KPD. würde erstaunen über die Wandlung die seine Partei seit ihrer Gründung (Dezember 1918) gemacht hat, und falls er über genügend proletarisch-revolutionäres Ehrgefühl noch verfügt, ihr den Rücken kehren. —

(„Zehn Jahre Sozialdemokratie.“ Was die SPD. von sich selber sagt. Verlag Wien-Berlin. 94 Seiten, 0,60 Mk.)

Ein Eingeständnis

Anläßlich der „Deutschen Tagung für Körpererziehung“ sagte in seinem Referat über den Bau von Spiel- und Sportplätzen seitens der Stadt Berlin der Oberbürgermeister Böß unter anderem:

„. . . . . . Wir haben auch in großem Umfange Arbeitslose verwandt. Diese Verwendung von Arbeitslosen hat ihre zwei Seiten: Die Arbeiten gingen nicht so schnell vorwärts wie mit gelernten Arbeitern. Aber wir haben dadurch Reich und Staat einen großen Dienst geleistet, denn unter den Arbeitslosen befanden sich immer eine ganze Anzahl Menschen, die überhaupt nicht arbeiten wollten. In dem Augenblick wo wir sie zur Arbeit heranführten, da erklärten sie: danke schön, wir wollen keine Unterstützung mehr haben und gingen ihrer Wege. Auf diese Weise haben wir die Zahl der Arbeitslosen in Berlin ganz bedeutend herabgemindert. Das Reich hat diese Art der Herabminderung der Arbeitslosenziffer anerkannt und hat uns seinerzeit einen besonderen Zuschuß gegeben, weil wir dazu beigetragen haben, die Zahl der Arbeitslosen zu vermindern.

In diesen Worten liegt der ganze Zynismus der Bourgeoisie. In strengem Frost, nichts im Leibe und auf dem Leibe, sollte ein Teil der modernen Sklaven, die Arbeitslosen, gemeinnützige Arbeit, Bau von Sport und Spielplätzen, unentgeltlich, für die lausige Unterstützung verrichten. Der Verschleiß von Sachen wäre bedeutend größer gewesen als alles andere, so daß ein Teil der Proletarier auf diese Segnungen der Demokratie verzichtete. Daß die SPD. dieses Liebeswerk der Zwangsarbeit durch die Ermächtigungsgesetze schaffen half ist selbstverständlich.

Bemerkenswert ist noch die Erklärung eines Amerikaners, der einem Dr. Dien in Nürnberg sagte, als derselbe erklärte, daß Deutschland kein Geld hätte:

„Was sie haben kein Geld? Ich sage Ihnen folgendes: Wenn man Deutschland anstatt der 100 000 Mann Reichswehr 200 000 Mann durch den Versailler Vertrag genehmigt hätte, so hätte man auch für diese neuen 100 000 Mann Geld für Kleidung, Ernährung und Wohnung gehabt.“

Was wir nur unterstreichen können. Jedenfalls kannte der Amerikaner den deutschen Bourgeois sowohl als den Bürger. Daß sich diese Burschen, die unter dem Mantel des freien Spiels und Sports ihre reaktionären Bestrebungen verbergen, offen ihrer Sklavenhalterrolle rühmen, ist Anlaß genug für das Proletariat recht bald sich dieser Gesellschaftsordnung zu entledigen und die Ertüchtigung der Jugend in die eigene Hand zu nehmen und im Sinne des Kommunismus, der Gemeinwirtschaft auch durch Spiel und Sport zu ermöglichen.

Freche Demagogen

sind immer noch die „Altbewährten“ Führer der sich jetzt wieder SPD. nennenden Organisation der „Arbeiter“. Im „Vorwärts“ vom 15. Juni bringt Adolf Braun eine Kritik zu der von Dr. Ph. Brauer erschienenen Schrift über: Die Krisis der Gewerkschaften. Brauer ist ein christlicher Gewerkschaftsführer, der nur vom Stand der Arbeiter spricht, während sogar der „Vorwärts“ behauptet, daß es eine Arbeiterklasse gibt. Doch an einer Stelle wirds interessant. Da sagt der „Christ“ folgendes:

„Ein großer Fehler der Gewerkschaftsführer war es, die doch die Krise kommen sahen, daß sie kaum einen Finger gerührt haben, um so etwas wie ein Arbeitsdienstjahr einzuführen und so an der Bereitstellung von Arbeitsmöglichkeiten mitzuwirken.“

Worauf Adolf Braun sagt:

„Das Arbeitsdienstjahr steigert natürlich das Angebot von Arbeitskräften, eventuell von amtlich abgestempelten Streikbrechern, es macht die Technische Nothilfe überflüssig, es vermindert die Arbeitsgelegenheit für den freien Arbeitsmarkt, es mehrt sie nicht, es geschieht also unmittelbar dessen, was Brauer von ihm erhofft.“

Wir sagten schon am Anfang, daß die Bürger der SPD. ganz freche Demagogen sind. Diese Schlote, die täglich den Streikbruch organisieren, die die Technische Nothilfe erst ins Leben gerufen haben, wagen noch von Streikbrechern zu reden. Daß gerade der SP.-Biedermann der lauteste Rufer nach dem Arbeitsdienstjahr und sogar nach einem Diktator als Ludendorff war; denn unterm General wollte es dieser Knecht nicht machen, weiß natürlich Adolf Braun sehr gut, und darin besteht seine nicht zu übertrumpfende Demagogie. Daß gerade der Paragraph 9, der die Zwangsarbeit, das Gesetz nennt es Pflichtarbeit, vorsieht für die Erwerbslosen, die direkte Unterstützung all der satten SPD.-Stadtväter gefunden hat, worauf diese Kanaillen sogar noch stolz sind, brauch nicht extra betont zu werden. Daß aber solch ähnliches Ding wie Arbeitsdienstjahr noch herausspringen wird aus den neuen Ermächtigungsgesetzen, werden die Proletarier bald gewahr werden. Und daß dabei die Partei der Republik, das heißt die Partei der Verwahrlosung und der Versumpfung, die SPD. mit dabei sein wird, ist so sicher wie der Tag auf die Nacht.

Das Proletariat kann aber auch diesen ganzen Streit der Seelenverkäufer mit einem Schlage beenden, indem es sich zum Herrscher der Gesellschaft aufwirft und diesen Schmierfinken erst mal beibringt, was arbeiten heißt.

Rettung der Gewerkschaften heißt Stärkung der Konterrevolution

Dieses haben mittlerweile auch die Proletarier der KPD. eingesehen und schon lange machen sie den Kohl nicht mehr mit. Ein Teil ist überhaupt in keiner Gewerkschaft und der andere befindet sich in den Verbänden der Ausgeschlossenen oder in der Union der Hand- und Kopfarbeiter. Sie sagen sich, viel was anderes ist es hier ja auch nicht, aber wir geben doch unsere Beiträge nicht direkt unsern Halsabschneidern, den Noskiden. Auch mit der schönsten Götterautorität und noch soviel Parteitagsbeschlüssen läßt sich ein, doch immerhin etwas denkender Teil der Proletarier, auf die Dauer nicht zum willigen Werkzeug gebrauchen.

So hat denn auch die Parole von der Rettung und Eroberung der Gewerkschaften nicht nur Schiffbruch gelitten, sondern ist mit den damit verbundenen utopischen und in gewissen Situationen putschistischen Parolen direkt eine Gefahr für die KPD. selbst, für die Massenorganisation geworden. Dies bestätigt ganz klar die „Rote Fahne“ vom Sonntag, den 15. Juni. Unter Gewerkschaftliches: Sollen die Gewerkschaften das Werkzeug der Reformisten bleiben? heißt es im dritten Absatz:

„Anderseits müssen wir Revolutionäre mit aller Offenheit eine nicht zu entschuldigende Passivität unserer Genossen feststellen. Für einen wirklichen Revolutionär kann es keinen Augenblick und in keiner Situation ein verärgertes Beiseitestehen geben. Die Zeit der Diskussion in der Gewerkschaftsfrage, die die KPD. eine Zeit gelähmt hat, ist vorbei. Der Parteitag hat die Linie für jeden Kommunisten festgelegt. Deshalb Schluß mit der Passivität.“

Wir wollen unterstreichen, daß es für einen Revolutionär kein verärgertes Beiseitestehen geben kann. Aber der „Roten Fahne“ oder dem Schreiber des Artikels sei gesagt, daß auf die Dauer die Natur sich nicht vergewaltigen läßt. Dem Proletarier sagt, auch wenn er noch so begeisterter Anhänger von der Sowjetunion ist, seine innere Stimme, sein proletarischer Instinkt, daß man in solchen Organisationen, die schlimmer als die Orgesch sind, eben auf die Dauer nicht hinein gehört. Drin bleiben vor allem noch Anwärter oder der Teil, der nie alle wird, der eben bleibt, weil noch einer da ist, der ihm sagt, er muß bleiben weil es doch der Parteitag beschlossen hat.

Dann wollen trotz aller Illusionen die Mitglieder der KPD. ganz sicher den Kommunismus, die Bedarfswirtschaft. Daß sie zum Aufbau, desselben die Räte, das Rätesystem brauchen, bricht sich mittlerweile auch Bahn, auch, daß die gesetzlichen Betriebsräte nichts mit der Revolution zu tun haben, erkennt der vorwärtsstrebende Teil der KPD. An unseren Genossen liegt es, diese Strömungen, dieses Suchen und Tasten in den Betrieben zu klären und immer wieder mit unentwegter Ausdauer auf die Klassenkampforganisation des Proletariats, die A. A. U. fußend auf die revolutionären Betriebsorganisationen, hinzuweisen, in denen sich das Proletariat als Klasse organisiert und die auch von unten nach oben, soweit es jetzt möglich ist, nach dem Rätesystem aufgebaut sind.

Und immer wieder lautet unsere Parole, die Parole der proletarischen Klasse und kann sie nur lauten: Eroberung der Produktion, Diktatur des Proletariats durch seine revolutionären Räte, deren Grundlage die Betriebe, die revolutionären Betriebsorganisationen sind.

Hat das Proletariat dieses Ziel, sein Klassenziel im Auge, dann wird es auch aus seinen Niederlagen lernen und die Fehler entdecken und im geschichtlichen Augenblick auch seine geschichtliche Tat vollbringen können. Darum immer wieder: Nicht Rettung, sondern Zertrümmerung der Gewerkschaften!

Die KAPD. und ihre Aufgaben

II.

Ursachen der Schwäche der revolutionären Bewegung

Die sich ständig verschärfende Weltwirtschaftskrise hat natürlich eine Reihe politischer und politisch verschiedener Krisen zur Folge. Um der Lage von heute gerecht zu werden, genügt es nicht, den Krisenkonzentrationspunkt an sich — den „Friedensvertrag“ — zu betrachten. So richtig es ist, daß die „Reparationsfrage“ der Prüfstein jeder proletarischen Politik ist, so richtig und darum notwendig ist es, die in der Krise und durch die Krise entstandenen Staatengebilde und -formen im Zusammenhang damit zu betrachten. In dem Jahrzehnt seit Ausbruch des Weltkrieges als Folge der imperialistischen Gegensätze hat auf dem internationalen Klassenkampfschlachtfeld manche Umgruppierung stattgefunden. Da jede Epoche eine neue Ideologie schafft, jedes Zeitalter bestimmte Vorstellungen und Meinungsbildungen, die beim Abebben der sie an die Oberfläche gespülten Sturzflut immer wieder versteinern, ist für jeden Sehenden der ideologische Zustand der internationalen Arbeiterklasse nicht unschwer als das Spiegelbild der politischen Krise zu erkennen.

Illusionen zerschellen am harten Felsen der Geschäftsentwicklung; klein ist die Zahl der Proletarier, die über die ungeheuren Klippen auch nur zu schauen und so wenigstens theoretisch die Heerstraße in die feindlichen Festungen zu erkennen vermag. Und groß, sehr groß ist die Zahl derer, die immer wieder „recht“ behalten; „recht“ insofern, daß sie richtig prophezeiten, indem sie die Niederlage prophezeiten und herbeiführen halfen. Groß, sehr groß ist die Zahl derjenigen, die dem stärksten Anprall der revolutionären Fluten trotzten, und mit der Niederlage des Proletariats die Richtigkeit ihrer „Realpolitik“ zu begründen suchen. Daß bei der Panik nach einem mißlungenen Vorstoß größere oder weniger große Massen ihren Henkern in die Arme liefen, den Gewerkschaften und parlamentarischen Parteien, ist gar nicht verwunderlich. Ein Proletariat, daß die Waffe der materialistischen Geschichtsauffassung nicht zu gebrauchen vermag, ist eben zu eigenen Taten unfähig. Zu dieser historischen Unfähigkeit kommt der Drang nach Aktivität. So ergibt sich das Bild, daß die Geschichte selbst der einzig treibende Faktor ist, das Proletariat Geschichtsobjekt. Infolge seiner geistigen Abhängigkeit natürlich auch Werkzeug der in der Krise ringenden klassenfeindlichen Schichten, Parteien, Staaten usw. Die Erhebung des Proletariats über den Rahmen der bürgerlichen „Nation“, des bürgerlichen Staates als Klasse; **als international kämpfende Klasse,** ist bis jetzt noch nicht gelungen. Erst mit dem Gelingen dieser historisch notwendigen Tat entsteht der Bourgeoisie ein wirklich gefährlicher, ein verderbenbringender Freund. Erst mit dieser Tat wird die Stunde der parlamentarischen Parteien und konterrevolutionären Gewerkschaften geschlagen haben.

Daß diesen Schritt — den die KAPD. und AAU. bis heute allein gingen — die breiten Massen, die unter der kapitalistischen Krise leiden, noch nicht wagten, ist auf die Einzelheiten der politischen Auswirkungen der Krise selbst zurückzuführen. Dieses Versagen ist — es mag dies paradox klingen — ein Resultat der Bedingungen der Revolution selbst; der Bedingungen, die durch die weitere Entwicklung in ihr Gegenteil umschlagen können und müssen. Ein kurzer Rückblick mag dies schon bestätigen:

Die russische Revolution fiel in eine Zeitenwende, wo der Bankerott des internationalen Imperialismus den vom Blut der Proletarier getränkten Boden aufs tiefste aufgewühlt hatte. Aber bankerott war nicht nur der Imperialismus, bankerott war auch das von der Sozialdemokratie geführte internationale, vor allen Dingen das deutsche Proletariat. Die einzig geistig aktiven, schöpferischen Kräfte waren die bis dato unterdrückten linksradikalen Gruppen. Das einzige Land, wo durch die Katastrophe selbst, die bestehenden Eigentums- und Gesellschaftsverhältnisse von Grund auf umgestürzt wurden, war Rußland. Daß dem so war, resultierte jedoch einerseits aus der — vom internationalen Gesichtspunkt betrachtet — militärischen Lage Rußlands, anderseits aus den russischen Klassenverhältnissen selbst. Die russischen Bauernmassen erhoben sich gegen den Feudalismus! Wenn das internationale Proletariat im internationalkommunistischen Sinne die Führung zu übernehmen in der Lage war, war dies ein ungeheures Plus für die internationale proletarische Revolution. Die Kraftleistung der russischen Bolschewiki auf diesem Gebiete ist bis heute noch einzig dastehend. Aber es kam nicht so. Es kam aus ganz realen, heute leicht erkennbaren Ursachen nicht so. Die Arbeiter Westeuropas waren von dem Bankerott des Kapitals als Wirtschaftsordnung noch nicht durchdrungen. Die Parolen der „Völkerversöhnung“ und der „Abrüstung“ verbunden mit der Demokratie auf dem Boden des Kapitalismus fanden noch Gehör. Das internationale Proletariat ging seinen Weg; die russischen Bauern den ihrigen. Die russischen Bauern vollendeten ihre bürgerliche Revolution mit dem Ziel des Privateigentums an Land. Das Proletariat Westeuropas mußte erst einer nie gekannten, unheilbaren, sich stets verschärfenden Wirtschaftskrise ausgesetzt werden, um von dieser in Bewegung gesetzt zu werden, ehe es begreift, daß es neue Wege, neue Ufer erkämpfen muß.

In diesem Ringen um Klarheit und Wahrheit nahm die russische Revolution und ihre Führer — die Bolschewiki — dem Proletariat mindestens alles, was sie ihm gab. Der Heroismus der russischen Revolutionspartei rüttelte breite Arbeitermassen aus dem sozialdemokratischen Schlafe und erfüllte sie mit revolutionärem Elan. Aber diese Begeisterung war im tiefsten Kern bürgerliche Heldenverehrung. Statt selbst anzufassen, zu handeln, begnügte man sich damit, das Unterlassene „hoch“ leben zu lassen. Die Arbeiter wußten nicht, was sie tun sollten und taten. Die Arbeiterklasse konnte sich nicht von den bürgerlichen Geistes- und Organisationsfesseln befreien und ließ hoch leben, was sie gar nicht begriffen hatte. Der Bourgeoisie war es ein leichtes, die besten, klarsten Köpfe zu morden. Der russischen Revolutionspartei, durch die Inaktivität des europäischen Proletariats Schritt für Schritt zurückgedrängt, letzten Endes zur kapitalistischen Ordnungspartei herabgewürdigt, war und ist es heute noch ein leichtes, ihre Henkerrolle als Ordnungspartei am Proletariat als revolutionäre Grundsätze aufzutischen. Die russische Revolution saugte die proletarischen Ideologien auf, formte sie, ließ sie versteinern und wußte ihr geschickt einen Organisationsrahmen umzulegen, der eine Ueberwindung ihrer selbst innerhalb dieses Rahmens zur Unmöglichkeit macht. Man überlege nur: Jeder Arbeiter muß begreifen, wenn er überhaupt denkt: die ökonomisch herrschende Klasse ist stets die politisch herrschende, direkt oder indirekt. Die Arbeiter, die einst auf die russische Revolution schworen, schwören heute auf die „Diktatur des Proletariats“ in Rußland. Das heißt konkret: die russischen Arbeiter, die unter der Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit genau so schmachten wie die Proletarier anderer Länder, genau so vom Kapital als Lohnproletarier ausgebeutet werden — diktieren sich dies selbst! Hoch diese Diktatur des Proletariats, heißt: Hoch der Bankerott des internationalen Kommunismus, hoch die Lohnsklaverei, hoch die Geistesfinsternis. Wenn die russische Revolution in ihrem proletarischen Auftakt ein ungeheurer Schritt vorwärts war, so ist sie in ihrem bürgerlichen Resultat und dessen verhängnisvoller und verheerender Auswirkung auf die kommunistische Idee ein sehr schwer gutzumachender Schlag. Die III. Internationale ist heute das größte Hemmnis für die Entwicklung revolutionärer Ideologien, daß stärkste Bollwerk der Weltkonterrevolution.

Denn mit dem Einschwenken in das kapitalistische Fahrwasser wurden für die III. Internationale die revolutionären Waffen und Methoden innen- und außenpolitisch zur Unmöglichkeit. Zurück auf den kapitalistischen Boden, heißt zurück zu kapitalistischen und reformistischen „Möglichkeiten“. Bürgerlich denkende Arbeiter sehen auf den ersten Blick, daß die Theorie der III. Internationale eine Bestätigung der Methoden der II. und Amsterdamer ist. Es fehlt jeder theoretische Abriß. Praktisch lebt die III. Internationale von der Schurkerei der II. und der Unzufriedenheit der durch die Krise gepeitschten Proletarier. Ihre Praxis ist ein ständiger Beweis für die Unmöglichkeit des Kommunismus, weil sie mit diesem nichts zu tun hat, aber diese Politik ständig als solcher gepriesen wird. Die II. Internationale saugt so theoretisch aus diesem Bankerott Kräfte, und lebt wiederum von der III. Beide richten sich gegen das wirklich revolutionäre Proletariat, wobei letzterer ihr revolutionärer Kredit zugute kommt. Aus diesen Ursachen, die in der Entwicklung der Revolution selbst begründet sind mit, resultiert die ideelle und organisatorische Schwäche der revolutionären Bewegung.

Die KAPD., die in unermüdlicher theoretischer Arbeit sowohl, als auch aktiven Vorantreibens der von der Krise zur Rebellion gezwungenen Proletarier, hat aus diesem Zusammenhängen die Lehren für den Endkampf der Arbeiterklasse gezogen. Sie hat damit den revolutionären Schatz aus den Ringen der Klassen gehoben und gerettet, und weiß, daß ihre Zeit kommen muß. Aber sie weiß auch, daß Gefahr im Verzuge ist. Darum gilt es, zu untersuchen, wie wir am besten, gründlichsten, raschesten die durch die Entwicklung aufgetürmten Hindernisse überwinden können; eine Frage, die wohl die meisten der Genossen stark beschäftigt — immerhin ein gutes Zeichen. Dies soll in einem Schlußartikel geschehen.

Gedenkt der Klassenkämpfer hinter den Kerkermauern!
Sammelt und zeichnet auf die Listen der
V R U K
Vereinigten Revolutionären Unterstützungs-Kommission

Aussperrungen

Königsberg. Die Mitglieder sämtlicher Arbeitgeberverbände des Baugewerbes haben die Aussperrung aller Bauarbeiter Ostpreußens mit Wirkung vom 18. Juni dieses Jahres beschlossen, da die Arbeitnehmer alle Schiedssprüche abgelehnt hätten.

München. Der Arbeitgeberverband der bayerischen Kohlenbergwerke hat der gesamten Belegschaft am 10. Juni zum 26. Juni gekündigt, weil er die nach dem Schiedsspruch für die Kohlenbergarbeiter zu zahlende 4prozentige Lohnzulage nicht zahlen könne. Komme eine Einigung nicht zustande, so ist mit einer Aussperrung von etwa 6000 Arbeitern im bayerischen Kohlenbergbau zu rechnen.

Jurij Lutowinow

(Schluß.)

Zwischen der bolschewistischen Phrase und ihrer Politik in Erfüllung, weil man es nicht erfüllen kann — es fehlen wird ein Abgrund aufgedeckt: das, was man spricht, geht nicht die materiellen Bedingungen dafür; und das, was man tut und was man tun **kann** ist im Widerspruch damit, was man spricht, im Widerspruch mit den Interessen des Proletariats. Und über diesem Abgrund steht die bolschewistische Partei.

Für einen Teil der bolschewistischen Partei — infolge der sozialen Differenzierung unter ihr, was als Folge der „Nep" und des Staatsapparates kam — gibt es keinen solchen Widerspruch: so natürlich scheint für ihn die gegenwärtige Lage der Dinge zu sein.

Für einen anderen Teil, für die Führer nämlich, ist der Widerspruch klar, aber sie bemühen sich ihn mit verschiedenartigen utopischen Plänen zu „lösen". Mit bewundernswerten Spekulationen versuchen sie die Widersprüche der Wirklichkeit zu „beseitigen". Und als auch die „Theorien" versagen, die immer und immer wachsenden Widersprüche zwischen ihrer Politik und dem Proletariat zu lösen, dann sind sie bereit, das Existieren der letzteren abzuleugnen. So hat Lenin, gegen Ende seiner politischen Tätigkeit, versucht, die Gegensätze zu lösen.

„Bei uns" — sagt er auf dem 9. allrussischen Kongreß der Sowjets, Dezember 1921 —, „bei den Sowjetbräuchen führt man keine Wirtschaft bis zum Ende, um nach einigen Jahren auf Erfolg zu zeigen, man fürchtet vom Kaufmann zu lernen, der 100 v. H. Gewinn erzielen kann, und nachher schreibt man schöne Resolutionen über die Rohmaterialien und sagt, daß wir Vertreter sind der kommunistischen Partei, der Gewerkschaften, des Proletariats. Erlaubt, ich bitte euch. Was heißt Proletariat? — Das ist die Klasse, die in der Großindustrie arbeitet. Und wo ist die Großindustrie?"

Auf den 6. Kongreß der bolschewistischen Partei im März 1922 fährt er fort:

„Sehr oft, als man von „Arbeitern" spricht, versteht man darunter das Fabrikproletariat. Das ist ganz falsch! Bei uns, während des Krieges, kamen in den Fabriken gar keine Proletarier, sondern kamen, um sich dem Militärdienste zu entziehen allerlei Elemente; und sind heute bei uns die sozialen und ökonomischen Bedingungen so, daß in die Fabriken und Betriebe nur echte Proletarier gehen? Das ist nicht richtig! Das ist nach Marx richtig, aber Marx hat nicht von Rußland geschrieben, sondern vom ganzen Kapitalismus, vom 11. Jahrhundert anfangend. Für einen Lauf von 600 Jahren ist das richtig, aber für das heutige Rußland — nicht. Heute gehen in die Fabriken nicht immer Proletarier, sondern verschiedene, zufällige Elemente."

Diese Argumente Lenins sind sehr charakteristisch für die bolschewistische Partei, sie geben aber nicht die Lösung der Widersprüche, unter welchen die bolschewistische Partei zu leben gezwungen ist. Im Gegenteil, sie rollen neue Fragen auf, sie wecken neue Zweifel auf: „wie kann die bolschewistische Partei eine proletarische Partei sein, wo es heute in Rußland kein Proletariat gibt? Wie kann der Kommunismus verwirklicht werden, wo nämlich das Proletariat — nach Marxscher Lehre, als deren Anhänger sich die Bolschewiki betrachten — der Träger dieses Kommunismus ist?"

Für den dritten Teil der bolschewistischen Partei — die Arbeiter und jene, die dem Proletariat treu bleiben — ist es klar, daß die „Argumente" von der obigen Art nur die Bolschewisten von den moralischen Leiden zu befreien bezwecken, daß sie als „proletarische Partei" gegen das Proletariat handeln; dieser Teil kann sich nicht durch die utopischen Pläne trösten, die den Sozialismus durch Staatskapitalismus versprechen. Er sieht die Entwicklung der neuen Bourgeoisie, er sieht das Sinken des Proletariats tief im Grunde der sozialen Pyramide und vor ihm stellt sich die Frage: „Was tun? Wohin?" . . . Jurij Lutowinow gehörte zu diesem Teil der bolschewistischen Partei. Ehemaliger Arbeiter, an die Revolutionskämpfe gegen den Zarismus teilgenommen, durch den Schmelzofen der Revolution gegangen, — erlebte er all die Begeisterung und Enttäuschung, alle Siege und Niederlagen des Proletariats. Die Oktoberrevolution hat ihn aus der Fabrik gerissen, nicht aber aus den Arbeiterreihen. Er hatte verschiedene Posten im Staats- und Gewerkschaftsapparat, er hat sich aber der Bürokratie nicht ergeben. Nach der Wendung in der russischen Revolution, als man dem Proletariat alle seine Rechte abzubauen begann, trat er in die sogenannte „Arbeiteropposition" ein. Nach ihrer gewaltsamen Zersprengung und nach der Vertreibung ihrer namhaften Führer aus den Arbeiterzentren, versuchte Lutowinow in die Fabrik zurückzukehren, ... auf Befehl — aber — wurde er nach Berlin geschickt als Vertreter des jetzigen Leiter der russischen Handelsvertretung, Stomanjakoff. Nach einjährigem Verbleiben über die Grenze, wurde er nach Rußland zurückgeschickt, seine Oppositionsstimmung verschwand aber nicht; bei jeder Gelegenheit erhob er seine Stimme für Verteidigung der proletarischen Interessen. Mit der Zeit aber, vergrößerten sich seine Zweifel und seine inneren Kämpfe, die von den Widersprüchen der russischen Wirklichkeit verursacht waren, sowie von der Entwicklung der russischen Revolution und der Rolle der bolschewistischen Partei: Lutowinow war kein Theoretiker, aber mit dem Proletariat so fest verbunden, um nicht taub zu bleiben alledem gegenüber, was heute in Rußland geschieht. Er sah die Widersprüche zwischen der bolschewistischen Politik und den Interessen des Proletariats; er fand aber nicht die Lösung, weil er sie in der bolschewistischen Partei, weiter verbleibend, suchte.

Er fand sie im Selbsterschießen, weil er, wie Trotzki sagt: „keine feste Basis für seine Arbeit unter den Verhältnissen unserer Zeit gefunden hat". Es ist aber richtiger zu sagen, daß Lutowinow diese feste Basis für seine Arbeit, als **Proletarier und Mitglied der bolschewistischen Partei**, in der heutigen russischen Wirklichkeit nicht finden konnte.

Lutowinow ist aber nicht allein. In denselben Widersprüchen befinden sich große Teile der bolschewistischen Partei und des Jugendbundes. Das sieht auch die bolschewistische Obrigkeit.

„Manchmal" — schreibt die „Prawda" (23. Mai 1924) — „kommt eine kleine, nicht vielsprechende Tatsache für einen festen, bewährten Genossen als Beweggrund für einen Selbstmord . . . Wir werden um einzelner Fälle von Selbstmord in den Reihen des kommunistischen Jugendbundes nicht herumkommen . . . Es ist notwendig, Maßnahmen gegen die Selbstmorde zu treffen. Wir können das Tempo der Revolution nicht ändern. Diese krankhaften Erscheinungen aber, können wir bis zum gewissen Grade „überleben". Also, der Fall Lutowinow ist nicht eine isolierte Erscheinung, sondern schon Epidemie. Das besagt, daß es sich um eine politische Erscheinung handelt, deren Wurzel tief in den Widersprüchen zwischen der Politik der bolschewistischen Partei und der Arbeiterklasse liegen, und im letzten Grade — in der Entwicklung der russischen Revolution und der gegenwärtigen Gesellschaftsverhältnisse.

Nur in dieser Beleuchtung werden die Appelle der bolschewistischen Führer am Grabe Lutowinows verständlich:

„Der Ausweg, den Jurij gefunden hat, ist nicht der Ausweg des Kommunisten. Wir müssen auf unseren Posten bleiben bis man uns das Leben nimmt."

(Bucharin.)

„In diesem Moment müssen wir uns zu allen Arbeitenden mit dem Ruf wenden: nicht den letzten Tag Lutowinows als Vorbild zu nehmen, sondern die beiden Jahrzehnte, die der Revolution und der Arbeiterklasse gewidmet, geopfert waren."

(Rykow.)

„An erster Stelle müssen wir der Jugend sagen, daß der Tod Lutowinows kein Beispiel sein kann."

(Trotzki — „Trud.", 11. Mai 1914.)

Die bolschewistischen Führer appellieren, dem Beispiel Lutowinos nicht zu folgen, aber sie tun alles, um gefolgt zu werden. Der Zweifel, vor welchem ihre Politik das revolutionäre Proletariat stellt, kann nicht ohne einen kollektiven Austausch von Gedanken gelöst werden. Die Macht und die Presse monopolisiert, sie geben keine Möglichkeit dafür, nicht nur den anderen Proletariern, sondern auch den Proletariern aus den eigenen Parteireihen. Eine Clique, die den Parteiapparat ausnutzt wendet den Staatsapparat gegen die Arbeiterklasse an, und als in der eigenen Partei eine Opposition ausbricht, dann wendet sie wiederum den Staatsapparat an, um sie zu ersticken. Unter solchen Umständen nehmen die Widersprüche der Wirklichkeit den Charakter persönlicher Zweifel und innerer Kämpfe an. Und nur jene können die Lösung geben, die den geschichtlichen Sinn der russischen Revolution — ihren bürgerlichen Charakter — verstehen und die, die Lehren aus dieser Revolution ausnutzen und die heutigen inneren russischen und internationalen Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung berücksichtigen, die neuen Aufgaben der russischen Arbeiterklasse bestimmen.

Wirtschaft

Die fressende Krise

Die „DAZ." vom 18. Juni läßt sich aus Gelsenkirchen folgendes melden:

Drohende Stillegungen an der Ruhr.

Der Ruhrbergbau und die Ruhrindustrie überhaupt kommt wieder in eine neue akute Krise hinein. Man trägt sich jetzt, wie wir erfahren, in maßgebenden Kreisen mit dem Gedanken, die südlichen, in der Nähe der Ruhr gelegenen Zechen stillzulegen, um wenigstens die nördlichen Zechen in Gang halten zu können. Man muß bedenken, daß die Ruhrkohle nur noch in einem geringen Raum konkurrenzfähig gegen die englische und oberschlesische Kohle auftreten kann.

Die wirtschaftliche Lage der gesamten Ruhrindustrie verlangt nach einer auf die Dauer erträglichen Regelung. Auch in der Schwerindustrie steht die Sache recht übel. Man trägt sich auch hier mit dem Gedanken, kleinere Werke stillzulegen. Besonders in Mitleidenschaft gezogen wird hiervon die Maschinenindustrie, die als Hauptabnehmerin die Schwereisenindustrie hat. Aufträge aus dem Auslande sind nicht zu bekommen. Viele Werke sehen sich daher genötigt, ihre Produkte auf Stapel zu legen.

Da das Blatt sehr gut in wirtschaftlichen Sachen unterrichtet ist, so ist natürlich mit einer noch schärferen Offensive der Unternehmer zu rechnen; denn die Peitsche der Arbeitslosigkeit, des Verhungerns soll die zu gebrauchenden Sklaven noch gefügiger machen. Mit erträgliche Regelung auf die Dauer ist natürlich Lohnabbau und verlängerte Arbeitszeit gemeint von wegen der Konkurrenz.

Die Konkurse nehmen kein Ende. Im Gegenteil steigert sich die Zahl. In der „DAZ." ist schon eine Rubrik für Konkurse eingerichtet. Sie, den Namen nach zu veröffentlichen, geht schon nicht mehr. Die Zahl ist täglich zwanzig bis dreißig. Die Reinigungskrise sieht mehr nach einer Verblutungskrise aus. Wenn das Proletariat in seiner jetzigen Saure-Gurken-Stimmung verharrt, dann wird es natürlich auch verbluten müssen trotz der vollendeten Demokratie oder vielmehr, erst recht durch dieselbe.

Drohender Metallarbeiterstreik im Ruhrgebiet. Kaum sind die Zechen leidlich im Gang, da müssen die Metallarbeiter entdecken, daß es so nicht weitergehen kann. Die Gewerkschaften, die im Bergarbeiterkampf nichts weiter als Listensammlung kannten, da doch die Tatsolidarität zur machtpolitischen Auseinandersetzung mit der Bourgeoisie hätte führen können, lehnen jetzt natürlich die gefällten Schiedssprüche ab. Es handelt sich um den gefällten Schiedsspruch, der die zwölfstündige Arbeitszeit, also das zwei Schichtensystem vorsah in den durchgehenden Betrieben. Die Proletarier sagen, wir können nicht mehr, auch die Christen wollen nicht mehr, also wird man etliche Wochen die Proleten streiken lassen, diese werden hübsch sich abkapseln lassen müssen, die andern werden zur Sammlung aufgefordert, müssen also im Betrieb bleiben und das gleiche Bild, wie bei den Anilinsklaven, den Werft- und den Bergarbeitern wiederholt sich. Ein Teil der Betriebe wird stillgelegt und der andere Teil soll dann mit aller Kraft den Kampf auf dem Weltmarkt aufnehmen, was nicht mehr möglich ist; es sei denn, daß die Proletarier aus Liebe zum Kapital umsonst arbeiten.

Das Proletariat muß endlich erkennen, daß es nur als Klasse um ein Ziel, um eine neue Welt kämpfen kann. Tatsolidarität ist das zwingendste Gebot der Stunde. Sprengung des beruflichen Rahmens, also Zertrümmerung der Gewerkschaften sowie der parlamentarischen Führerparteien eine dringende Notwendigkeit. Nur durch die entschlossene Tat des revolutionären Umsturzes werdet ihr euren Leidensweg verkürzen können, und den euch niemand abnehmen kann.

Ausland

Zwischen den Mühlsteinen

So müßte richtiger ein „Zwischen Morgan und Moskau" betitelter Leitartikel von Fritz Zielesch im „Montag Morgen" lauten. Er behandelt den Plan der Gründung und das eventuelle Programm der „Dritten Partei", die sich am 17. Juni in St. Paul, Minnesota, konstituiert hat. — Die „Dritte Partei" stellt für Amerika den Versuch dar, das Idealbild der Demokratie für Amerika von den Schmutzflecken zu reinigen, mit denen es die bisher umschichtig regierenden Parteien der Demokraten und Republikaner reichlich besudelt haben. Nirgends ist mit der Idee der Demokratie ein so verlogener Kult getrieben worden, als in Amerika, und nirgends ist die Idee der Demokratie im kapitalistischen Staat wohl derartig kompromitiert worden, als in U.S.A., die großen Korruptionsskandale der letzten Zeit haben zur Genüge bewiesen, daß keine der beiden Parteien korruptionssauber ist, und daß, unabhängig von dem jeweils heraushängenden Firmenschild „republikanisch" oder „demokratisch", der einzige Herrscher Amerikas doch Sr. Majestät der Dollar ist. Es ist offenes Geheimnis in Amerika, daß alle Wahlen weniger durch die Kraft der Argumente der siegenden Partei, als durch die Tüchtigkeit ihres „Boß" und durch die Menge der ihm zur Verfügung stehenden Mittel gewonnen wurden. — So ist es z. B. in New York bei den Wahlen ein beliebtes illegales Manöver, daß von einer Partei in verschiedenen Wahldistrikten sogenannte Logierhäuser gemietet werden. Die Bewohner dieser Logierhäuser werden, wenn sie eine gewisse Zeit dort wohnen, selbstverständlich in ihrem Bezirke wahlberechtigt. Nun zieht die Parteiorganisation eine Anzahl Arbeitsloser (Tramps) heran, die in einem der Logierhäuser Kost und Wohnung bekommen — auf zwei Nächte. Damit erwerben sie in dem Bezirk eine Adresse und das aktive Wahlrecht im Bezirk. Nach zwei Nächten werden sie in ein anderes Hotel der gleichen Partei verschickt, und so fort. Am Wahltage ziehen diese Tramps nun von Bezirk zu Bezirk zur Urne, um überall ihre Stimme abzugeben. — Dieses Manöver, genügend vorsichtig durchgeführt (und es wird dafür gesorgt, daß die Wähler einzeln antreten und sich nicht auffällig machen), bedeutet ein ganz schönes Plus auf der Stimmliste der Partei, die dieses Geschäft übernimmt. — Und das ist nur **ein** Beispiel der drüben üblichen Wahlmanöver, deren sich beide Parteien gleicherweise bedienen. —

Dazu kommt, daß einerseits durch die starke Einwanderung aus kulturell oft rückständigen Ländern und der, an europäischem Maßstab gemessen, immer noch schnellen Möglichkeit sozialen Aufstiegs, der Boden für eine einheitliche kommunistische oder sozialistische Massenbewegung wenig günstig ist, anderseits die Bedrückung des landwirtschaftlichen Mittelstandes durch die Eisenbahn- usw. Trusts bis ins Phantastische gesteigert würde (vgl. Frank Norris, The Octopus, Roman aus dem Epos „Der Weizen"). So finden sich hier in St. Paul zur Gründung der „Dritten Partei" eigentlich sehr heterogene (gegensätzliche) Bestandteile zusammen, deren einziges Bindeglied „the struggle of life" (der Kampf ums Leben) ist: Farmervereinigungen, örtliche Gewerkschaften, Konsumgenossenschaften usw., um zunächst über folgende Punkte zu beschließen:

1. **Nationalisierung der Eisenbahnen.**
2. **Aufsicht über Kapital und Kredite durch das Volk mittels Regierungs- und Genossenschaftsbanken.**
3. **Kontrollierung der natürlichen Hilfsquellen des Landes durch das Volk.**
4. **Wiederherstellung der in der Verfassung garantierten bürgerlichen Rechte.**
5. **Aufhören der behördlichen Einmischung in Arbeiterauseinandersetzungen und andere Rechtsmißbräuche.**

Frau Adele Schreiber, die im „Vorwärts" einen Artikel „Vom anderen Amerika" veröffentlicht hat, sieht in der Gründung dieser Partei und in ihren einzelnen Programmpunkten ein „Hindrängen zum Sozialismus," während sie doch konstatiert, daß die sozialistische Bewegung selbst aus den oben angeführten Momenten nur schwer Boden gewinnt.

Dazu muß bemerkt werden: Es ist symptomatisch für die ideologische Einstellung der deutschen Sozialdemokratie, daß Frau Schreiber hier den Versuch, die Ideologie bürgerlicher Demokratie in chemisch reiner Form für die praktische Anwendung herzustellen, als ein „Hindrängen zum Sozialismus" auffaßt. In Wirklichkeit ist die „dritte Partei" der Versuch des Kleinbürgertums, sich politisch zu kristallisieren. Frau Adele Schreiber nimmt an, daß, wenn es gelingt, mit dieser „dritten Partei" den „einigenden Rahmen für große Gesichtspunkte" zu schaffen, der Boden für eine radikale Partei geschaffen sei; sie hofft, daß die sozialistische Partei Amerikas, indem sie das auch von der Farmer Labour Party angenommene Programm akzeptiert, darüber dann weiterhinaus für sozialistische Entwicklung und sozialistische Erziehung arbeiten könne. — Das ist dieselbe Ideologie, die in Deutschland „die Sozialisierung marschieren" ließ, und die nun erhofft, die Sozialisierung in Amerika mit dieser Programmsetzung auf den Marsch bringen zu können. Unlogischerweise erklärt sie freilich, „daß jedes Land nur die Politik treiben kann, die seiner Eigenart entspricht;" damit kann doch nur verstanden sein, daß in jedem Lande die wirtschaftlichen Verhältnisse die Linie seiner Politik bestimmen.

Welche Aussicht in Amerika dieser Versuch einer zwischen den Mahlsteinen einer in Art der I. W. W. (Industrial Workers of the World) auf Kampf mit allen Mitteln eingestellten Arbeiterschaft und einer herrschenden Kaste haben kann muß sich jeder mit den marxistischen Grundsätzen näher Vertraute selbst sagen können. — Vor zirka 20 Jahren führten die Tabakfarmer z. B. einen erbitterten Kampf gegen den Tabaktrust — sie sind unterlegen. In welcher Weise das Kapital in Amerika alle Versuche, seinen Herrscherrechten auch nur im kleinsten Abbruch zu tun, bekämpft, davon gibt die Broschüre „Mit Blut", die als die Geschichte ihrer Organisation von dem I. W. W. herausgegeben wurde, erschütternde Kunde. Es ist nicht möglich, hier im Rahmen eines kurzen Artikels auch nur die Namen der amerikanischen Bürger anzuführen, die als Angehörige der I. W. W. von den Söldlingen des Kapitals, den Pinkertons, doch auch von „guten Bürgern auf die entsetzlichste Weise gelyncht wurden, die monatelang ohne Anklage und Grund eingekerkert wurden, die man deportierte in einer Art, die hinter den Deportationsmethoden des zaristischen Rußland nicht zurückstand. Und das sind nicht alte, verstaubte Geschichten. Noch am 29. August 1917 wurde in New-Jersey ein I. W. W. von dem Polizeichef und von Geschäftsleuten der Stadt überfallen, in einen Wald geführt, aufgehängt, als er das Bewußtsein verloren hatte, abgeschnitten und entsetzlich geschlagen. Und prompt war die Justiz! Fünf Stunden ehe der Mißhandelte wieder zum Bewußtsein kam, verurteilte der Richter schon — **ihn zu drei Monaten Zwangsarbeit!**

In Amerika ist sowohl von Seiten der Farmer, die z. B. im Tabaktrustkampf die Scheunen der Gegner anzündeten, wie von der Arbeiterschaft seit ihren ersten Streiks (z. B. 1892 das Feuergefecht von Homestead mit den Pinkertons), wie von Seiten des Kapitals stets mit offener Gewalt gegen den Gegner vorgegangen worden. Die Regierungsmaschine ist im Besitz des großen Kapitals und die Bezeichnungen „Republikaner" oder „Demokraten" sind nur Bezeichnungen widerstreitender kapitalistischer Gruppen. Die Truppenmacht, auch das reguläre Militär, wird während der Streiks von den gerade gefährdeten Kapitalistengruppen bezahlt, z. B. zahlt das Bergwerkskapital im Bergwerksstreik von Colorado die Truppen. — Wieviel Respekt mag es da wohl vor dem papiernen Programm der „dritten Partei" haben? — Diese Partei und alles, was sich ihr anschließt, hat nur zwischen zwei Dingen die Wahl: entweder binnen kurzem so korrumpiert zu sein, daß sie nur als Seitendeckung des Trustkapitals arbeitet — oder sich, auf Grund ihrer Mißerfolge, baldigst in ihre Bestandteile aufzulösen und ihre proletarischen Anhänger dahin zu entlassen, wohin sie gehören: in die Front des kompromißlosen Klassenkampfes, in dem die Einbildung keinen Raum findet, daß man „Kapital und Kredite" durch das Volk „beaufsichtigen" könne, und daß das Eisenbahnkapital sich gutwillig durch einen Federstrich nationalisieren ließe.

Mitteilungen

Druckfehlerberichtigung. In der vorigen Nummer ist in dem Bericht von der Bezirkskonferenz Sachsen die dritte Zeile vertauscht worden. Dieselbe muß heißen: „**Vertreten waren die Ortsgruppen Chemnitz, Oberfrohnau und**".

21. Unterbezirk. Mitgliedskarte des Gen. Gustav Schulz, Nowawes, ist verlorengegangen. Bei Auftauchen, einzuziehen.

Jugendgruppe Neukölln. Partei- und Unionsgenossen, schickt eure Kinder zur Jugend. Jeden Mittwoch, abends 7.30 Uhr im Jugendheim, Kaiser-Friedrich-Straße 4.

Verantw. Redakteur und Herausgeber: Kurt Hellwig, Düsseldorf. — Druck: Karl Bergmann, Berlin S 42, Oranienstr. 183.

5. Jahrg. Nr. 48

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 0,15 Mark

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei und im Strassenhandel. — Inserate werden nicht aufgenommen.

Juni 1924

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 490 20.
(Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49.)

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post: Halbmonatlich die im Kopf der Zeitung angegebenen Preise. Zahlung bis 5. beziehungsweise 20. jeden Monats.

Betriebsstillegungen in ganz Deutschland

Im Bergbau werden Zechen stillgelegt, da dieselben nicht mehr genug Profit abwerfen.

Die Kali-Industrie legt Feierschichten ein und nimmt Entlassungen vor.

In der Eisen- und Metallindustrie werden Werke stillgelegt, Entlassungen von Arbeitern vorgenommen und Kurzarbeit eingeführt.

Im Maschinen-, Lokomotiv- und Wagenbau, in der elektrischen, chemischen, Textil-, Tabak- und Glasindustrie finden überall Entlassungen von Arbeitern statt und wird Kurzarbeit eingeführt.

Die Möbelindustrie schrumpft zusammen. Etliche Betriebe stillgelegt, Entlassungen von Arbeitern an anderen Orten und Stellen.

Die Gummiindustrie meldet Arbeitszeitverkürzungen und auch Entlassungen, vor allem Hannover.

Das sind so etliche Stichproben von dem wirtschaftlichen Bild — Chaos —, das die freie, deutsche Republik gewährt. Während die Zeilen niedergeschrieben und gedruckt werden und an unsere Leser gelangen, hat sich der Zustand schon längst verschlimmert. Sind weitere tausende Proletarier abgebaut, die bald zu Hunderttausenden, zu Millionen die Stempelmärkte bevölkern werden, um dort die Ueberweisung der Zwangssklavenarbeit entgegenzunehmen.

In der Geschäfts- und Handelswelt mehren sich die Zusammenbrüche und Konkurse. Die Zerstörung der Kaufkraft als Folgeerscheinung des langjährigen Vernichtungskrieges muß bis zur systematischen Vernichtung des Proletariats fortgesetzt werden.

Noch lindern die Landwirtschaft und die Bautätigkeit, sowie dringende Instandsetzungsarbeiten von Straßen und Wegen die katastrophale Auswirkung. Doch bald werden auch diese Bataillone der modernen Sklaven das Heer der Ausgestoßenen riesig vergrößern nebst den noch abzubauenden Arbeitern der städtischen sowie staatlichen Betriebe. Dieser Abbau, der sicher fortgesetzt wird und werden muß, weil eben alles überflüssige Menschenmaterial nur die Ausgaben erhöht und die doch mit allen Mitteln eingeschränkt werden müssen, um mit den wenigen Proleten die Einnahmen durch erhöhtes und verlängertes Schuften zu vergrößern. Dies wird und muß geschehen, auch wenns der „Vorwärts" ableugnet.

Die durch den Plan der Sachverständigen eingeleitete Kolonisierung Deutschlands befindet sich erst in ihrem ersten keimhaften Zustand der Verwirklichung. Die Dauerscheinung der deutschen, demokratischen, ja freiesten Republik der Welt, der Belagerungszustand in Zivil, wird bald dem offenen Terror der Bourgeoisie und ihrer Lakaien Platz machen. Die neuen notwendigen Zwangs- und Zuchthausgesetze, die notwendig und schon in Bearbeitung sind von der Ebert-Marx-Regierung werden das Proletariat jäh aus seinen Träumereien aufscheuchen und es die Unmöglichkeit vordemonstrieren, seinen Klassenkampf national, auf sogenannter demokratischer Grundlage zu führen.

Schon bieten die Lakaien und Steigbügelhalter des Kapitals, die Rufer und Großzüchter der weißen Garden, die Sozialdemokraten und Gewerkschaften dem Kapital erneut ihre Dienste an. Was soll es anders bedeuten, wenn man, nachdem man erst etwas radikalen Schaum geschlagen hat vonwegen Unternehmerborniertheit, zum Schluß sagt:

„Inzwischen wird das Unternehmertum gut tun, statt ultimative unerfüllbare Forderungen an die Gewerkschaften zu stellen, **mit deren Hilfe die Intensivierung und Rationalisierung der Produktion zu betreiben.**"

Scherzhaft gemeint ist natürlich nur und kann es nur sein, daß das Unternehmertum, also das Kapital, eine zeitlang mit geschmälertem Profit, nein sogar ohne Gewinne arbeiten soll. Dies steht wörtlich in demselben Artikel vom „Vorwärts", den 20. Juni, Morgenausgabe.

Das Reptil weiß natürlich, daß dies Blödsinn ist. Doch ist es auch Unsinn, so wird doch ein Zweck damit befolgt, nämlich die Proletarier weißmachen zu wollen, daß das Kapital gezwungen werden kann eventuell durch Demonstrationen oder die parlamentarische, „positive" Arbeit der „Völkerbefreienden" ohne Gewinn die Produktion aufrecht zu erhalten. Die Zeilen sind noch nicht gelesen und schon beweisen die harten Tatsachen, daß das Kapital eher alles in Schutt und Asche legt, denn dem Proletariat oder den Gewerkschaften zuliebe die Produktion aufrechtzuerhalten. Diesen Bluff braucht man natürlich, um die Intensivierung, das heißt erhöhte Leistungsfähigkeit der Betriebe herbeizuführen. Dieses wiederum kann nur — und dem Proletariat sei es immer wieder gesagt — nur herbeigeführt werden, da der Profit nicht leiden darf, er ja der treibende Faktor dieser „Ordnung" ist, die jetzt sich als wüstes Chaos entpuppt, durch längeres und billigeres Schuften der Proleten, die noch benötigt werden im Produktionsprozeß.

Diese Anbiederung der Lakaien wird man in dem Moment verstehen, wenn die Bourgeoisie in dem sich um die rote Fahne sammelnden Proletariat wieder eine akute Gefahr sieht. Augenblicklich glaubt man ohne diese Kleinbürger auskommen zu können, da ja ihre Stellung zu Kapital sie selbst zur steten Hilfeleistung verpflichtet und sie all die erhaltenen Fußtritte des letzten halben Jahres sofort vergessen haben, wenn ihr Herr sie wieder zur Niederschlagung der sich aufbäumenden Proletarierbataillone durch die Parole „Einigkeit" braucht.

In Fieberschauern windet sich die kapitalistische Waren- und Profitordnung national wie international. Millionen Ausgebeutete wehren sich täglich gegen ihre Vernichtung. Auf die zielbewußten und nüchternen Vorstöße reagieren, antworten die Proletarier gefühlsmäßig, im Rausch, ja man könnte bald sagen im traumhaften Zustand.

Immer wieder lassen sie sich von allen möglichen bürgerlichen Subjekten als Objekt behandeln, daß man kneten und formen kann je nach Belieben. Doch wird dies ja auch überwunden werden müssen vom Proletariat, wenn es nicht untergehen will als Klasse.

Das zusammenbrechende kapitalistische Gebäude begräbt unter seinen Trümmern das Proletariat. Diese geschichtliche Wahrheit mag vielen Proletariern noch als eine Phrase erscheinen, weil sie sich diesen Untergang nur als einen einmaligen Akt denken können auf Grund ihrer bürgerlichen Denkweise, doch dies ändert an dem geschichtlichen Lauf der Dinge nichts.

Doch durch die Tat des Proletariats, die dem Willen und der Erkenntnis der Klasse entspringt, nicht mehr Objekt des Handels zwischen seinen Ausbeutern und seinen Seelenverkäufern zu sein, sondern sich zum Subjekt geschichtlichen Handelns aufwirft, wird und kann und muß der Lauf der Dinge geändert werden zum Segen der Menschheit.

Zertrümmerung der Gewerkschaften, der politischen parlamentarischen Parteien, Schaffung von revolutionären Betriebsorganisationen und Stärkung der antiparlamentarischen Kommunistischen Arbeiterpartei ist die erste Voraussetzung der Selbstbewußtseinsentwicklung und somit des Sieges des Proletariats.

Verschärfung des Belagerungszustandes

Streikverbot für die Eisenbahner

Folgende Verordnung, die die Unterdrückung jeglicher freien Meinung bedeutet und den Auftakt zu den Versklavungsplänen, der vollständigen Niederknebelung und Niederkartätschung des gesamten deutschen Proletariats gibt, ist das Schmuckstück der demokratischen Republik:

Berlin, 20. Juni.

Auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung wird verordnet: Artikel 11 hinter dem Absatz 1 des § 2 der Verordnung des Reichspräsidenten über die Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes und die Abwehr staatsfeindlicher Bestrebungen vom 28. Februar 1924 (Reichsgesetzblatt 1, Seite 152) werden folgende neue Absätze 2 bis 4 eingefügt:

„Periodische Druckschriften können auch dann verboten werden, wenn durch ihren Inhalt zum Ungehorsam gegen Gesetze oder rechtsgültige Verordnungen oder gegen die von Behörden innerhalb ihrer Zuständigkeit getroffenen Anordnungen oder zu Gewalttätigkeiten gegen politisch oder wirtschaftlich Andersdenkende aufgefordert oder angereizt wird.

Das Verbot einer periodischen Druckschrift umfaßt auch jede angeblich neue Druckschrift, die sich sachlich als die alte darstellt und die im gleichen Verlag wie die verbotene Druckschrift erscheinenden Kopfblätter. Die Zustellung eines Ersatzblattes an die Bezieher der verbotenen Druckschrift ist verboten.

Druckschriften, die auf Grund dieser Verordnung verboten werden können oder die den Beziehern einer verbotenen Druckschrift als Ersatzblatt zugestellt werden, unterliegen der Beschlagnahme, die nicht der richterlichen Bestätigung bedarf."

Den bisherigen Absätzen zwei und drei werden zwischen den Worten „Verbote" und „periodische Druckschriften" die Worte „und Beschlagnahmen" eingefügt.

Artikel 2. In § 4 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 8. Februar 1924 werden hinter den Worten „oder der von ihm bestimmten Stellen" die Worte eingefügt „oder werden Vorschriften des § 2 Absatz 2 Satz 2 dieser Verordnung".

Berlin, den 17. Juni 1924.

Der Reichspräsident Ebert. Der Reichskanzler Marx.

Der Reichsminister des Innern Dr. Jarres.

*

Der kürzlich noch gerade verhinderte Eisenbahnerstreik scheint der Regierung doch sehr an die Nerven gegangen zu sein. Da man nun weiß, daß aufgeschoben nicht aufgehoben ist, will man nun recht schnell ein für allemal einen Riegel vor die Gurgel des Staates schieben, damit dieselbe mehr geschützt ist.

So ist der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und -anwärter folgendes Schreiben vom 20. Juni zugegangen:

„Auf mein Schreiben vom 4. Januar 1924 betreffend Streikrecht der Beamten habe ich eine Antwort bis heute nicht erhalten. Die Verhandlungen mit den Spitzengewerkschaften haben zu keinem befriedigenden Ergebnis geführt. Ich sehe mich daher genötigt, Ihnen zur Erledigung der Angelegenheit eine letzte Frist bis zum 15. Juli d. J. zu stellen. Sollte bis dahin eine dem Standpunkt der Reichsregierung entsprechende Aenderung des § 2 Ihrer Satzungen nicht herbeigeführt oder mir sonst eine befriedigende verbindliche Erklärung, die sich mit dem Standpunkt der Reichsregierung im Einklang befindet, nicht zugegangen sein, so werde ich die in meinem Schreiben vom 4. Januar in Aussicht gestellten Folgerungen ziehen. gez. Oeser."

Der „Vorwärts" ist nicht entrüstet darüber. Daß man das Streikrecht abschaffen will, — daß dies notwendig ist zur Durchführung des Planes der Sachverständigen, weiß er sehr gut — sondern nur, daß die bürgerliche Presse dies so schnell gebracht hat, ehe es das Reptil bringen konnte. Die Spitzenverbände werden den — welche Tat — Verhandlungsweg beschreiten, d. h. mit anderen Worten, das Streikrecht der Eisenbahner, was überhaupt ein ganz bedingtes war, wird abgeschafft. Dann kommen die anderen Gruppen, die auch noch wichtig sind, die Elektrizitäts-, dann die Transportarbeiter und so verschiedene andere hinterher.

Genau wie im Kriege im Interesse der „Allgemeinheit", des Vaterlandes, die Gewerkschaften das Streikrecht erledigt hatten, genau so werden diese „ehrbaren" Bürger auch jetzt im Interesse der „Einheit der schwer bedrohten Republik" zu dieser ihrer wahrscheinlich letzten Gemeinheit bereit sein und müssen; denn die kommenden Streiks werden ein Verbrechen am Kapitalismus und an der deutschen Republik sein. Wer sein Vaterland, wer seine Republik lieb hat, streikt eben nicht, sondern verreckt auf allerhöchste Anordnung.

Italien — Deutschlands Vorbild

WTB. meldet aus Rom vom 20. Juni: Eine Verordnung des Ministeriums des Innern verbietet auf das strengste Oppositionsblätter zu verbrennen oder ihre Verbreitung mit Gewalt zu verhindern.

Diese Meldung ist bezeichnend. Doch mit Riesenschritten eilt die deutsche, die freieste Republik dem Vorbild Italiens nach, und wenn sich das deutsche Proletariat nicht aufrafft, dann wird es bald durch den offenen weißen Terror aufgescheucht werden.